



Teilnehmer des Sozialforums von Atlanta fordern auf Transparenten die Freilassung der in den USA inhaftierten fünf Kubaner

Kuba hat das Recht, sich gegen den Terrorismus zu verteidigen

— Gerardo Hernández

Seiten 4 und 5

REFLEXIONEN DES COMANDANTE

Ein weiteres Argument für das Manifest

Selbstkritik von Kuba

Seiten 8 und 9

NEUE ZOLLBESTIMMUNGEN

Flexibilisierungen bei der Einfuhr nichtkommerzieller Waren

Seite 6

Robert Kennedy wollte die Reisemöglichkeiten zur Insel normalisieren

Seiten 12 und 13

EU, Markt ohne Union?

Seite 11

Wählt Argentinien eine Frau in den Präsidentenpalast?

Seite 15

Granma
INTERNACIONAL

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial.
Plaza de la Revolución Jose Martí,
Apartado Postal 6260, La Habana 6,
Cuba. C.P. 10699
Tel: 881-6265 / 881-7443
Zentrale: 881-3333 App. 23 und 381

E-MAIL:
informacion@granmai.cip.cu

GENERALDIREKTOR
Lázaro Barredo Medina

CHEFREDAKTEUR
Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER
Miguel Comellas Dopico
Gustavo Becerra Estorino

PRODUKTIONSCHIEF
Migdalia Hardy Mengana

TEAMCHEFS
Layout

Orlando Romero Fernández
Tel. 881-6021

Deutsche Ausgabe
Hans-Werner Richert
Tel. 881-1679
e-mail: aleman@granmai.cip.cu

Spanische Ausgabe
Gustavo Becerra Estorino

Englische Ausgabe
Angie Todd
Tel. 881-1679

Französische Ausgabe
Alain Metterie
Tel. 881-6054

Portugiesische Ausgabe
Sara San Emeterio
Tel. 881-6054

Italienische Ausgabe
M. U. Gioia Minuti
Tel. 832-5337 / 881-6265

Vertrieb und Abonnements
Miguel Domínguez Hernández
Tel. 881-9821

Druck
Zeitungsverlag Granma,
Havanna Kuba

NACHDRUCK

Brasilien
Cooperativa de trabalhaldores em
Serviços Editoriais e Noticiosos Ltda. Rua
Regente Feljo, 49-2º andar CEP
20.060 Rio de Janeiro Tel. (021)
242-3430 Fax (021) 242-1320

Kanada
National Publications Centre
C.P. 521, Station C,
Montreal, QC H2L 4K4
Tel/Fax: (514) 522-5872

Argentina
Movimiento Cultural
Acercándonos
Buenos Aires
Tel: (011) 4862-3286

WEBSITE INTERNET
http://www.granma.cu

ISSN 0864-4624

Talente gesucht

MANUEL E. YEPE

• DIE sarkastische Behauptung, "Geld schafft keine Talente, es kauft sie!", ist eine scherzhafte Bemerkung über eine traurige Wahrheit, die in dem so abgegriffenen Thema der Abwanderung von Fachpersonal, dem "Raub der Gehirne", steckt.

In den internationalen Migrationsprozessen wird als Raub, Drainage bzw. Flucht der Gehirne identifiziert, wenn es sich um die Abwanderung von Humankapital aus einem Land handelt, generell aus einem weniger entwickelten, was sehr ausgeprägte Folgen sowohl für die Emissions- als auch für die Empfangsländer von Immigranten hat.

Mit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann dieses Phänomen Aufsehen zu erregen, offensichtlich wegen des Schadens, den es für die unterentwickelten Länder darstellt, die unter enormen wirtschaftlichen Anstrengungen Talente ausbilden, die sie für ihre Entwicklung brauchen und deren Früchte verloren gehen, weil sie von den hoch entwickelten Nationen abgeworben werden.

Wenn auch versucht wird, diesen Umstand als eine natürliche Tatsache zu betrachten, begründet mit dem Streben nach zunehmendem sozialen Ansehen junger Fachleute aus den Ländern des Südens, die in ihren eigenen Gesellschaften keine Antwort finden, müssen dabei auch andere Faktoren beachtet werden wie etwa die von den entwickelten Ländern verfolgte Politik der Abwerbung.

Einige Emissionsgesellschaften haben, um der Verführung entgegenzuwirken, eine Politik zum Schutz ihres intellektuellen Kapitals mit Maßnahmen erprobt, die zum Inhalt haben, diesen Humanressourcen den Mut zu einer Ausreise aus dem Land zu nehmen, oder sie, wenn sie ausgewandert sind, für eine Rückkehr zu interessieren, bis hin zu solchen Strategien, die auf die Zurückgewinnung, wenn schon nicht der Personen, so doch des Wissens gerichtet sind.

Letztere Option versucht die familiären Beziehungen, die zurückgelassenen Freundschaften und die Nostalgie der Auswanderer – die eine Diaspora bilden – zu nutzen, um so das dem Land verlorengegangene Wissen zurückzugewinnen.

Die angewendeten Programme zum Stopp des Phänomens haben keine Änderung bewirkt, so daß das Problem von Jahr zu Jahr zunimmt und von vielen als entscheidender Punkt für die Verschlechterung der ungleichen Nord-Süd-Entwicklung angesehen wird.

Von den 150 Millionen Menschen, die weltweit an wissenschaftlichen und technischen Veranstaltungen teilnehmen, kommen 90 Prozent aus den sieben am weitesten entwickelten Industriestaaten. Ein hoher Anteil davon sind Emigranten aus Ländern, die euphemistisch "Entwicklungsländer" genannt werden.

Lateinamerika ist die Region mit den höchsten Migrationsraten der Welt und die Fachleute bilden den größten Teil davon, mit Ausnahme der mittelamerikanischen Länder und Mexikos.

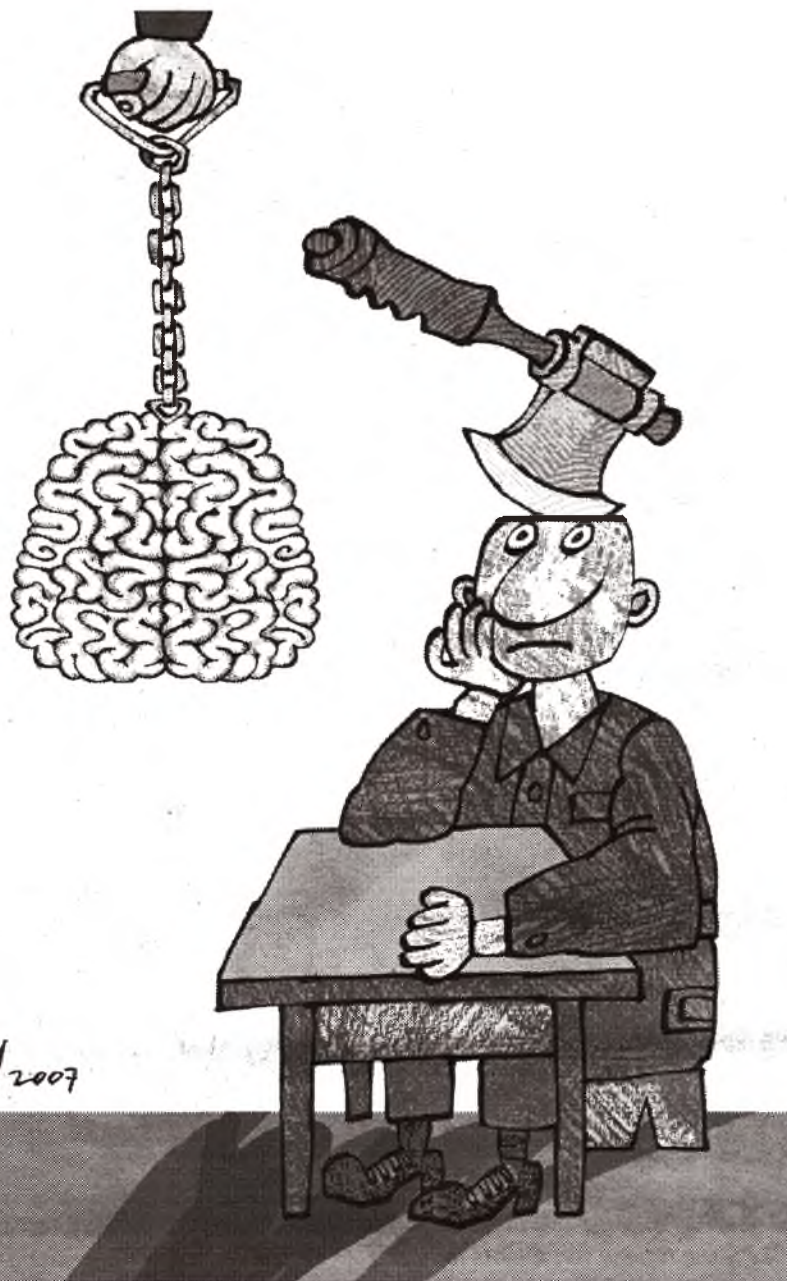
Untersuchungen der Vereinten Nationen zufolge leben 83 Prozent der Universitätsabsolventen von Guyana und über 60 Prozent der Universitätsabsolventen von Haiti, Jamaika und Trinidad und Tobago in Industrieländern.

Die Inselstaaten der Karibik haben im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung die weltweit höchsten Migrationsraten an qualifiziertem Personal.

Mehr als 20 Prozent der spezialisierten Krankenschwestern und drei Prozent der Lehrer (ca. 500) emigrieren jedes Jahr aus Jamaika, um nur ein Beispiel zu nennen.

Die kleinen Länder Afrikas, der Karibik und Zentralamerikas haben durch Migration über 30 Prozent ihrer Bevölkerung mit Hochschulbildung verloren.

Wie das Centro de Estudios de Migraciones Internacionales der Universität Havanna einschätzt, erhöhen sich mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Globalisierung die



Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern, wobei sich gleichzeitig die Bedingungen verschärfen, die die Migration von Fachpersonal fördern. Die Globalisierung der Kommunikationsmedien führt zur Homogenisierung der Aspirationen und Werte, denn sie schaffen in den armen Ländern Ansprüche an den Lebensstil und die Konsumgewohnheiten, die in entwickelten Gesellschaften herrschen, wodurch der Entschluß zur Migration begünstigt wird.

Die Immigrationsreform, die im Kongreß der USA debattiert wird, regt in jeder Variante, egal von welcher Seite sie vertreten wird, zur Flucht der Gehirne der unterentwickelten Länder an, denn es ist offensichtlich, daß alle, die dort die Möglichkeit haben, zu entscheiden, sich den Hegemonialinteressen der Supermacht fügen, einige rücksichtsloser als andere.

Man denkt dabei an ein Zulassungssystem für Immigranten nach Punkten, in der Doktor- oder Mastertitel automatisch zur höchsten Punktzahl führt. Privilegiert sind auch Ärzte, Wissenschaftler und andere ausländische Fachleute mit Hochschulabschlüssen sowie jene, die fließend Englisch sprechen, zum Nachteil anderer Antragsteller.

"Wir entfernen uns von der Tradition der Familienzusammenführung und kommen mehr und mehr zu einem Punktesystem, das jene begünstigt, die die geringsten Motive zur Emigration haben", beklagen sich Vertreter von Immigrantensorganisationen.

"Es ist nichts Schlechtes dabei, daß die USA den hellsten Köpfen der Welt einen roten Teppich ausbreiten. Es wäre ebenfalls nicht gerecht, den ausländischen Hochschulabsolventen vorzuwerfen, sich ein besseres Leben oder bessere Berufschan-

cen in der ersten Welt zu suchen", antwortet die US-hörige Presse in schamloser Einigkeit.

Der Raub von Gehirnen ist eine Schande für die Menschheit, weil dadurch die Unterschiede vergrößert werden, aus denen die wichtigsten Probleme erwachsen, von denen sie betroffen ist. Die Suche der Industrieländer nach den hellsten Köpfen der unterentwickelten Welt verhindert den Fortschritt dieser und somit wird die Kluft zwischen den armen und reichen Ländern immer größer.

Diejenigen, die im Süden die Emigration von Fachleuten verteidigen, weil die Migranten "um so mehr Geld nach Hause schicken, je gebildeter sie sind", gehen in eine Falle.

Derartigen Sichtweisen, die aus dem Blickwinkel des Nordens erzeugt werden, müssen von Sozialwissenschaftlern aus der Optik des Südens geklärt werden.

Die Arbeitsproduktivität qualifizierter Immigranten – die die Eigentümer des Kapitals bereichern, das sie einstellt – ist ein Reichtum, der der Entwicklung ihrer Herkunftsländer entrissen wird. Auf der Ebene der internationalen Beziehungen ist das lediglich Mißbrauch, Betrug, Ausbeutung... auf keinen Fall aber Entwicklungshilfe.

Raub und Diebstahl sind immer zu verurteilen, mehr noch, wenn er gegen das Wohlergehen der Armen gerichtet ist.

MANUEL E. YEPE MENENDEZ ist Lehrer am Institut für Internationale Beziehungen in Havanna •

CIA - DOKUMENTE BESTÄTIGEN ES



Mordpläne gegen Fidel sind vom Weißen Haus angeordnet worden

• AUF Anordnung des Weißen Hauses versuchte der US-amerikanische Geheimdienst CIA, Präsident Fidel Castro und andere Persönlichkeiten sowie ausländische Führungskräfte zu ermorden. Was schon vermutet und angeprangert worden war, wird in Dokumenten bestätigt, die demnächst frei gegeben werden.

Hunderte von Dokumenten der CIA werden das Vorgehen dieser Agentur in den Jahren von 1953 bis 1973 mit Beweisen für die Mordpläne belegen.

"Der größte Teil der Dokumente ist nicht sehr vorteilhaft", gab CIA-Direktor Michael Hayden zu.

Ein Text besagte, daß die CIA in den sechziger Jahren zwei Mafialeuten 150.000 Dollar zahlte, damit sie Fidel ermordeten.

Die Freigabe und Veröffentlichung der Dokumente könnte neue Einzelheiten über die illegale Tätigkeit der

Agentur um Ereignisse wie den Vietnamkrieg oder den Watergate-Skandal aufdecken.

Am Tag der Bekanntgabe konnte man auf der Webseite des Archivs für Nationale Sicherheit der Universität George Washington Dokumente vom Januar 1975 einsehen, in denen der damalige CIA-Direktor, William Colby, über die Mordversuche an Fidel Castro schreibt, informierte BBC.

In einem Vortrag für eine Gruppe Historiker, die in den USA eine stärkere Verbreitung der freigegebenen Texte der Agentur verlangt, nannte Hayden die Dokumente die "Familienjuwelen" und beschrieb sie als "einen Blick auf eine ganz andere Epoche und eine ganz andere Agentur".

Aber die Atmosphäre des Weißen Hauses, seine Skandale, Präventivkriege, der Haftbefehl auf "Leben oder Tod" im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus, scheint nicht sehr anders zu sein als die frühere Geschichte der CIA. •

Almeida empfängt den neuen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

• IN feierlicher Audienz empfing am 28. 6. der Vizepräsident des Staatsrates, Revolutionskommandant Juan Almeida Bosque, zusammen mit Bruno Rodríguez Parilla, erster Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten, den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens. An dem Festakt



Claude Robert Ellner, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

nahm auch Protokollchef Ángel Reigosa de la Cruz teil.

Seine Exzellenz, Herrn Claude Robert Ellner, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, begleiteten Harald Wisgirdatis, erster Sekretär und Kanzler; Lili Blumhardt, dritte Sekretärin; Alois Betz sowie Isabelle Oefelein und auf der kubanischen Seite Gabriel Tiel Capote, Chef der Zeremonieabteilung, María Sánchez Rodríguez, Protokollbeamtin, und Major Vladimir Martínez Menéndez. •

Solidarität mit den fünf kubanischen Patrioten auf DKP-Pressesfest

• MIT kubanischen Fahnen, Fotos des Comandante Ernesto Che Guevara und einer riesigen Plakatwand, die den fünf im Imperium gefangengehaltenen Helden gewidmet war, wurde am 23. und 24. Juni in Dortmund das Pressesfest der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) veranstaltet, das alle zwei Jahre stattfindet. Auf einem Solidaritätstreffen in der Casa Cuba, zu dem sich über 200 Interessierte einfanden, gedachten die Anwesenden unserer fünf Kämpfer gegen den Terrorismus.

Auf der Zusammenkunft debattierten der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, Heinz Stehr, der Genosse Oscar Martínez Cordovés, Vizeabteilungsleiter für Internationale Beziehungen des Zentralkomitees der PCC, der Vorsitzende des Netzwerks Cuba in der BRD, Frank Schwitalla, der Journalist Ekkehard Sieker und Günther Belchhaus, Mitglied des Komitees zur Befreiung der fünf, über die lebenswichtige Bedeutung, die politische Solidarität mit der Kubanischen Revolution durch Kampagnen zur Befreiung der fünf Helden zu verstärken.

Oscar Martínez Cordovés klagte die Administration von George W. Bush an, die weltweite Forderung der internationalen Organisationen zu ignorieren, die fünf jungen Kubaner freizulassen, die seit mehr als acht Jahren zu Unrecht in US-amerikanischen Gefängnissen sitzen, während Luis Posada Carriles, der

sich grausamer Verbrechen gegen das kubanische Volk schuldig gemacht hat, freigekommen ist.

Gleichzeitig wurde dazu aufgerufen, das Schweigen zu brechen, in das die Medien der großen bürgerlichen Presse diesen Fall hüllen, und es wurde bekanntgegeben, daß in mehr als 100 Ländern der Welt vom 12. September bis 8. Oktober eine Weltsolidaritätskampagne zur Freilassung der fünf und eine Gedenkfeier zum 40. Jahrestag der Ermordung des Comandante Che Guevara stattfinden werden.

In seinem Redebeitrag betonte Genosse Heinz Stehr: "... Wir werden unsere Solidarität mit der kubanischen Revolution, einem Beispiel für Sozialismus, Internationalismus, Aufrichtigkeit und Standhaftigkeit gegenüber dem brutalsten Imperium der Welt, noch verstärken", und er bestand darauf, den Kampf für die Freilassung der fünf nicht zu lockern.

Am Veranstaltungsort lag auch ein Kondolenzbuch aus Anlaß des Todes der Heldin Vilma Espín Guillois aus, in das sich Persönlichkeiten und Teilnehmer an dem Presseforum eintrugen.

Eine große Delegation der diplomatischen Vertretung Kubas in Berlin und der Zweigstelle in Bonn nahm unter Leitung von Botschafter Gerardo Peñalver Portal an dem Pressesfest teil. •

ZOOM

KUBANER WURDE MITGLIED DES MEERESKUNDE RATS DER UNESCO

• DER Kubaner Guillermo García Montero wurde zum Mitglied des Exekutivrats der *Intergovernmental Oceanographic Commission* (IOC) der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur gewählt, berichtete PL. Die Wahl von García Montero, Direktor des Landesaquariums Kubas, erfolgte zusammen mit der von 34 weiteren Fachleuten aus ebenso vielen Ländern auf der 24. Sitzung der IOC in Paris, auf der unter anderen Themen der Klimawandel und sein Zusammenhang mit den Ozeanen analysiert wurden.

VEREINBARUNG MIT DER UNO FÜR BESSERE UMWELTBEDINGUNGEN IN STÄDTEN

• EIN Kooperationsvertrag zur Verbesserung der städtischen Umweltbedingungen wurde in Havanna von Anna Kajumulo Tibaijuka, Direktorin des UN-Programms für Menschliche Siedlungen, und Graciela Pérez und Oris Silvia Fernández, Präsident und erste Vizepräsidentin der Institute für Städteplanung und für Wohnungsbau, unterzeichnet. Kajumulo Tibaijuka hob die Arbeit Kubas bei der Beseitigung gesundheits-schädlicher Bedingungen in den Wohngebieten hervor und verwies darauf, daß Kuba im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern

viele Dinge vorzuweisen hat, was die Kennziffern der menschlichen Entwicklung, wie in den Bereichen Bildung und Gesundheit, betrifft.

NAURU: DAS 26. LAND BEI DER ANWENDUNG DER KUBANISCHEN ALPHABETISIERUNGSMETHODE

• DIE Republik Nauru, im Pazifischen Ozean, wird das 26. Land sein, das die kubanische Alphabetisierungsmethode *Yo sí puedo* (Ich kann es) anwendet, nachdem ein Zusammenarbeitsvertrag unterzeichnet wurde. AIN berichtet, daß das Dokument in Havanna von Rafael Bell, Direktor für Internationale Zusammenarbeit des Bildungsministeriums, und Marlene Inemwin Moses, Repräsentantin von Nauru, unterzeichnet wurde. Nauru ist eine 21 Quadratkilometer große Insel mit etwas mehr als 12.000 Bewohnern. Mehr als 2.225.000 Menschen sind schon mit Hilfe dieser Methode alphabetisiert worden, die über zwölf Versionen verfügt und von der UNESCO mit dem Preis König Sejong ausgezeichnet wurde.

ZUSAMMENARBEIT MIT GRENADA WIRD ERWEITERT

• DIE 10. Tagung der Gemischten Regierungskommission Kuba - Grenada endete in Havanna mit der Erweiterung der Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Bauwesen, Landwirtschaft, Sport, Katastrophenbekämpfung und Umweltschutz. Marta Lomas, Ministerin für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiterin der kubanischen Seite, wiederholte die

Verpflichtung ihres Landes, die Bauarbeiten für das neue Krankenhaus von Saint Georges wieder aufzunehmen, die im September 2004 wegen der Hurrikane Iván in Grenada zeitweilig eingestellt wurden. Grenadas Minister für Nationale Sicherheit, Handelsentwicklung und den Privatsektor, Einstein Louison, drückte seine Zufriedenheit mit den Vereinbarungen aus.

MONTAGE CHINESISCHER OMNIBUSSE

• IN der zweiten Hälfte dieses Jahres wird Kuba die ersten 200 Yutong-Omnibusse aus China montieren, die für den landesweiten Passagierverkehr eingesetzt werden, informierte PL. Leitende Angestellte des Unternehmens Evelio Prieto im Vorort Havannas, Guanajay, wo die Montage der Fahrzeuge vorgesehen ist, erklärten, daß dies Teil eines Plans sei, der die Importkosten senkt und ermöglicht, die örtlichen hochqualifizierten Arbeitskräfte einzusetzen.

VIER JUNGE KUBANER WERDEN DIE PRIESTERWEIHE EMPFANGEN

• VIER junge Kubaner, die ihr Studium am Seminar San Carlos y San Ambrosio in Havanna beendet haben, werden demnächst in ihren jeweiligen Diözesen die Priesterweihe empfangen, berichtet die von AFP zitierte Webseite der Katholischen Bischofskonferenz (COCC). Quellen der COCC informieren, daß gegenwärtig etwa 320 Geistliche auf der Insel arbeiten, von denen die Hälfte Kubaner sind, die andere Hälfte Ausländer, vor allem Kolumbianer, Mexikaner und Spanier. •

Das kubanische Volk hat das Recht, sich gegen den Terrorismus zu verteidigen



• AM Montag, dem 2. Juli, interviewte das Programm *Newshour* des *BBC World Service* den Kubaner Gerardo Hernández im Hochsicherheitsgefängnis von Victorville, Kalifornien.

Es ist das erste Interview, in dem die Stimme eines der fünf Kubaner zu hören ist, die

in den Vereinigten Staaten gefangengehalten werden, weil sie die terroristischen Aktivitäten beobachtet haben, die in Florida mit Zustimmung der US-Behörden organisiert werden, wie im Gutachten der drei Richter des Appellationsgerichts des Elften Bezirksgerichts von Atlanta am 9. August 2005 zugegeben und weitreichend dokumentiert wurde.

BBC übertrug in dem Radioprogramm zehn Minuten des Interviews und veröffentlichte auf ihrer Webseite die gesamten 16 Minuten, die das Gespräch dauerte. Die vorliegende Abschrift enthält den vollständigen Text des Interviews:

Claire Bolderson (CB): Herr Hernández, ich weiß, daß es große Besorgnis über die Behandlung gab, die Sie im Gefängnis erfahren, und über die Zeit, die Sie in Einzelhaft verbrachten. Können Sie mir beschreiben, wie Sie gegenwärtig behandelt werden, was für Haftbedingungen Sie haben?

- Gerardo Hernández: Also, ich bin ein normaler Häftling in einem US-Gefängnis. Ich würde sagen, daß der schlimmste Teil meiner Behandlung nichts mit dem Gefängnis zu tun hat, sondern mit der US-Regierung. Ich würde sagen, das Schlimmste an meiner Haft ist, daß ich in den letzten zehn Jahren nicht die Möglichkeit hatte, meine Frau zu sehen, da die US-Regierung ihr kein Visum gibt, um mich zu besuchen. Das ist eins der Dinge, ich würde sagen, der Rest... Sie wissen, ...das ist ein Gefängnis, und ich bin ein Gefangener wie jeder andere, und es ist nicht einfach, Häftling zu sein, aber ich mache es gut.

CB: Sie führen also an, daß Sie keinen Familienbesuch gehabt haben?

- Gerardo Hernández: Gut, ich habe vor kurzem Besuch von Familienangehörigen erhalten, meine Mutter und meine Schwester konnten kommen, nicht so im Fall meiner Frau; meine Frau konnte mich in neun Jahren nicht besuchen kommen, weil ihr ständig das Visum für die Reise verweigert wird. Deshalb konnte ich sie in den letzten zehn Jahren nicht sehen.

CB: Sie wurden aufgrund verschiedener Anklagen verurteilt. Eine davon ist der Versuch, durch Einschleusen in einen Stützpunkt an US-Militärgeheimnisse zu gelangen, und als nicht registrierter Agent für eine ausländische Regierung tätig gewesen zu sein. Können Sie erklären, was Sie in Florida gemacht haben?

- Gerardo Hernández: Zu allererst habe ich Informationen über die terroristischen Gruppen gesammelt, die gewöhnlich in Florida operierten. Das sind Leute, die es geschafft haben, Trainingslager bei paramilitärischen Organisationen zu haben, und die nach Kuba fahren, um Sabotageakte zu verüben, Bomben zu legen und Aggressionen aller Art zu begehen. Und sie werden nicht bestraft. Deshalb hat Kuba in einem bestimmten Moment beschlossen, einige Leute zu entsenden, um Information über diese Gruppen zu sammeln und sie nach Kuba zu schicken, um diesen Aktionen zuzukommen. Und im Jahr 1998 übermittelte Kuba dem FBI einige Informationen über diese Gruppen, in der Erwartung, das

FBI würde etwas gegen sie unternehmen. Aber was sie unglücklicherweise taten, war, die Menschen festzunehmen, die diese Informationen gesammelt hatten. Ich wurde der Verschwörung zur Spionage angeklagt. In unserem Gerichtsverfahren, das sieben Monate dauerte, waren drei oder vier US-Armeeoffiziere a.D., die bezeugten, daß es in diesem Fall nichts gab, was mit Spionage zu tun gehabt hätte. Aber das Gerichtsverfahren fand in Miami statt, und wir konnten keinen fairen Prozeß haben. Wir wurden schuldig gesprochen, es gab eine Verschwörung, denn die Regierung sagte: "Warte einen Augenblick, sie haben keine Spionage betrieben, aber sie werden versuchen, es irgendwann zu tun", das heißt, darin besteht die Verschwörung zur Spionage, aber keine Geheiminformation, nichts in Verbindung mit der nationalen Sicherheit der USA wurde gesammelt oder übertragen.

CB: Aber Sie geben zu, daß Sie als Agent für eine ausländische Regierung tätig waren, und in einer der Erklärungen in ihrer Verteidigung sagen Sie, daß Sie mit gefälschten Dokumenten gearbeitet haben, unter falscher Identität?

- GH: Ja, das habe ich zugegeben, ja.

CB: Aber es ist eine ziemlich ernste Angelegenheit, dies getan zu haben, nicht wahr?

- GH: Ja, das ist es, aber es gibt die sogenannte Notwehr, wonach man, mit dem Ziel, einer fehlerhaften Aktion vorzubeugen, mit dem Ziel, ein Verbrechen zu verhindern, das Gesetz verletzen darf, und das ist etwas, was verständlich ist. In meinem Fall hatte ich meine Ausweise gefälscht, ich war für eine ausländische Regierung tätig, aber nicht, um den Interessen der USA zu schaden, sondern um das kubanische Volk gegen den Terrorismus zu verteidigen.

CB: Und die Verbrechen, die Sie versuchten zu stoppen, was waren das genau für Verbrechen?

- GH: Zum Beispiel explodierte 1997 in einem Hotel in Kuba eine Bombe und tötete Fabio di Celmo, einen italienischen Touristen, und im Jahr 1976 explodierte, wie Sie wissen, eine Bombe in einem kubanischen Flugzeug, wobei 73 Menschen ermordet wurden. Und dies sind nur zwei Beispiele von gegen Kuba verübten Terrorangriffen. Jeder, der in Miami wohnt, der das Fernsehen sieht und die lokalen Radiosender hört, weiß, was Comandos F-4, weiß, was Alpha 66, und weiß, was Hermanos al Rescate bedeutet.

CB: Und können Sie mir erklären, was sich hinter diesen Namen verbirgt?

- GH: Ja, sie sind das, was man gewöhnlich als paramilitärische Gruppen bezeichnet. Ich nenne sie terroristische Gruppen. Einige der Gruppen, die ich erwähnte, haben Trainingslager in den Everglades, tragen Tarnanzüge, besitzen Waffen und trainieren für den Tag, an dem sie "Kuba befreien" werden. Und sie waren es gewohnt, nach Kuba zu kommen und Häuser anzuzünden und zu versuchen, Sabotageakte und andere Aktionen zu organisieren. Das ist eine öffentlich bekannte Information, überprüfen Sie die Zeitungen von Miami, und Sie werden es sehen. Sie werden sehen, daß diese Leute darin verwickelt waren. Sie kommen nach Kuba, schießen ein paar Mal, und bei ihrer Rückkehr werden sie als Helden empfangen. Und wir haben zum Beispiel in unserem Gerichtsverfahren mehrere Zeugen präsentiert, wir haben die Küstenwache vorgeladen und haben das FBI vorgeladen und haben Beweise über die Straffreiheit dieser Leute vorgelegt. Wir fragten zum Beispiel einen Offizier der Küstenwache: "Stimmt es, daß Sie an diesem Tag eine Gruppe aufgriffen, die auf dem Weg nach Kuba war und Waf-



fen und Sprengstoff bei sich hatte?" "Ja, es stimmt" "Stimmt es, daß Sie nur die Waffen beschlagnahmt haben und die Männer freigelassen haben?" "Ja" "Warum?" "Also, weil sie uns sagten, sie wären auf Langstreckenfang". So etwas ähnliches geschah in unserem Gerichtsverfahren. Und das ist kein Einzelfall. Es gibt eine lange Liste von Terrorangriffen gegen unser Land. Dann hat doch das kubanische Volk ein Recht darauf, sich gegen die terroristischen Aktionen zu verteidigen. Wir erwarten, daß die US-Regierung etwas unternimmt, denn sie sagt, daß sie einen Krieg gegen den Terrorismus führt. Aber wie versteht es sich, daß sie diese Terroristen frei in Miami operieren lassen? Vor kurzem, vor nur einem Monat, wurde der Mann freigelassen, der die Explosion in dem kubanischen Flugzeug organisierte, die 73 Menschen tötete, und jetzt genießt er die Freiheit in Miami.

CB: Es gibt eine sehr polemische Anklage gegen Sie, wegen der sie verurteilt wurden, und es ist der Grund, weshalb Sie eine so lange Strafe verbüßen: der Abschluß zweier US-Zivillflugzeuge durch Kuba im Jahr 1996. Haben Sie etwas getan, was mit diesen Ereignissen in Verbindung steht?

- GH: Nein, absolut nicht! Aber Sie müssen verstehen, was wirklich passiert ist: der Mann, der diese Flugzeuge anführte, heißt José Basulto. Er war in den 60er Jahren CIA-Angestellter, war in Kuba eingeschleust, um Sabotageakte zu verüben. Dann kam er 1962 von Florida aus nach Kuba zurück, schoß mit einer Kanone auf ein kubanisches Hotel, kehrte nach Miami zurück und wurde wie ein Held empfangen. Er hatte schon eine lange Laufbahn in Sachen Terrorismus gegen Kuba hinter sich und in einem bestimmten Moment seines Lebens sagte er: "Gut, jetzt werde ich humanitär sein, ich will dieses kleine Flugzeug nehmen und ohne Genehmigung über kubanisches Territorium fliegen und Flugblätter und Propaganda abwerfen", und er hat das 16 Mal gemacht. Und Kuba hat den USA 16 diplomatische Noten gesandt, die in unserem Prozeß vorgelegt wurden, in

denen sich bei den USA beschwert wird und gesagt wird: "Diese Leute verletzen die internationalen Gesetze, die Gesetze der USA, die Gesetze Kubas". Und Kuba sagte gewöhnlich: "Macht es nicht noch einmal, ihr gefährdet unseren Flugverkehr, unsere Bevölkerung, alles".

CB: Das kann ein Fehler gewesen sein, und ich bin mir sicher, daß es viele diplomatische Diskussionen darum gab, aber was mich interessiert, ist zu wissen, was Sie im Zusammenhang mit diesen Ereignissen getan haben.

- GH: Nichts! Ich war in Miami, und das Flugzeug wurde über kubanischen Gewässern abgeschossen, weit weg von dort, wo ich mich befand.

CB: Sie haben also keine Informationen entsandt, die der kubanischen Regierung geholfen hätten, die Flugzeuge abzuschließen?

- GH: Nein, natürlich nicht. Wenn Sie die Informationen über jene Tage überprüfen, werden Sie sehen, daß José Basulto den Flug lange vorher angekündigt hatte, er sagte: "Wir werden dort sein, am 24. Februar", alle wußten es. Wir legten in unserem Prozeß ein Memorandum einer US-Regierungsagentur vor, in dem sie ihren Leuten sagte: "Wir sind besorgt über das, was dort am 24. Februar geschehen wird, etwas wird geschehen, denn Kuba hat schon gewarnt, daß sie abgeschossen werden, wenn sie es wieder tun. Deshalb wäre es besser, wir wären auf so eine Situation vorbereitet." So stand es in dem Memo. Ich erwartete, daß etwas geschehen würde. Sogar in unserem Prozeß, Richard Nuccio, Ex-Berater von Präsident Clinton, er war in dem Prozeß und sagte: "Ja, jene Organisation war außer Kontrolle". Über dieses Thema gibt es einen großen Streit. Kuba hat im kubanischen Hoheitsgebiet auf die beiden Flugzeuge geschossen. Die USA sagen, daß sich ein Flugzeug über kubanischen Gewässern befand, daß aber die beiden, die abgeschossen wurden, in diese Richtung flogen, sich aber über internationalen Gewässern befanden. Und die Regierung

beschuldigt mich der Konspiration, und sie sagen, daß ich gewußt hätte, daß das Flugzeug über internationalen Gewässern abgeschossen werden würde, was überhaupt keinen Sinn hatte, es war Wahnsinn. Aber sie mußten jemanden beschuldigen und wählten mich.

CB: Sie haben demnächst eine Beruungsverhandlung. Worauf basiert Ihre Berufung?

- GH: Wir haben verschiedene Punkte in unserer Berufung. Der wichtigste Punkt, den wir wirklich wollen und der leider abgelehnt wurde, ist der Punkt des Prozeßortes. Wir argumentieren, daß das Gerichtsverfahren in Miami ungerecht war. Unser Prozeß dauerte fast sieben Monate und es gab mehr als 100 Zeugen, aber die Geschworenen beratschlagten nur wenige Stunden und stellten keine einzige Frage. Sie sprachen uns einfach in allen Anklagen schuldig, und die Richterin verhängte dann zu jedem Anklagepunkt das höchstmögliche Urteil.

CB: Und Sie sagen, es ist wegen des Einflusses des kubanischen Exils in Florida?

- GH: Ja, natürlich. Während des Prozesses passierten alle möglichen Unregelmäßigkeiten. Es gab Leute, die die Geschworenen gefilmt haben, und die Presse verfolgte die Geschworenen in ihren Autos, und es gab Unruhen. Oder es gab Proteste vor dem Gericht, alle möglichen Sachen. Die Presse war uns gegenüber auch sehr feindselig.

CB: Sie glauben also, die Geschworenen wurden eingeschüchert oder sogar manipuliert, war es so ernst?

- GH: Ich denke, die Geschworenen wurden eingeschüchert. Jeder, der in Miami wohnt oder weiß, was dort passiert, dürfte verstehen, daß in Miami nichts im Zusammenhang mit Kuba normal ist. Gerade jetzt wurde zum Beispiel in Buch aus den Bücherständen in Miami entfernt, es wurde aus den Schulen entfernt, nur weil auf dem Umschlag einige kubanische Kinder lachend und mit einem glücklichen Blick erscheinen. Es ist ein Kinderbuch mit dem Titel 'Vamos a Cuba', und sie haben es nur deshalb aussortiert, weil es in dem Buch einen Satz gibt, der sagt: "Die kubanischen Kinder lernen und leben so wie du", so ungefähr, nur deshalb. Und alle, die die Geschichte Miamis kennen, wissen, daß Menschen ermordet wurden, nur weil sie eine bessere Beziehung zu Kuba wollten. Ich kann Ihnen sagen, daß im Büro der Zeitschrift La Réplica wohl sieben Mal Bomben gelegt wurden, weil sie für bessere Beziehungen zu Kuba eintritt. Die Leute von Miami... Sie müssen dort leben, um es zu verstehen. Die Mehrheit der US-Amerikaner hat keine Ahnung davon, was in Miami passiert, es ist wie ein anderes Land.

CB: Der kubanische Führer Fidel Castro hat in der Vergangenheit großes Interesse an Ihrem Fall gezeigt und zu Ihrem Gunsten gesprochen. Haben Sie direkt mit ihm gesprochen?

- GH: Ich hatte die Gelegenheit, telefonisch direkt mit ihm zu sprechen, an seinem Geburtstag vor zwei Jahren. Es war unerwartet für mich. Ich hatte an jenem Tag meine Frau angerufen, denn es war auch der Geburtstag meines Freundes René González. Dann, als ich seine Anwesenheit bemerkte, sagte ich zu meiner Frau: "Gratuliere ihm in meinem Namen", worauf er sagte: "Oh, warte einen Moment, ich möchte, daß er mir das selbst sagt". Dann hatte ich die Gelegenheit, einige Minuten lang mit ihm zu sprechen, was natürlich eine große Erfahrung für mich war.

CB: Und was sagte er Ihnen?

- GH: Also, er sagte, daß er die Zuversicht habe, die Gerechtigkeit werde sich durchsetzen, denn er habe immer darauf vertraut, daß, wenn das US-amerikanische Volk erfährt, was in unserem Fall geschehen ist, wenn das US-amerikanische Volk die Wahrheit über unseren Fall erfährt, daß sich dann die Gerechtigkeit durchsetzen wird... alle vertrauen darauf. •



Eine ganze Familie widmet sich dem christlichen Glauben. V.l.n.r.: Pfarrrer Juan Ramón de la Paz, Dekan der Episkopalkirche zu Havanna, und Bischofin Nerva Cot Aguilera. Neben ihnen ihre Kinder, Pfarrerin Marianela und Pfarrrer Aurelio

Neue Herausforderungen für eine alte Kirche

• Nerva Cot Aguilera, erste Bischöfin der Episkopalkirche in Lateinamerika und der Karibik

GILDA FARIÑAS RODRIGUEZ
FOTO: OTMARO RODRIGUEZ - Granma Internacional

• NERVA Cot Aguilera, die unermüdliche Vorkämpferin für das Recht der Frau, hohe Ämter in ihrer Kirche wahrzunehmen, weigert sich, ihren Kampf aufzugeben. Synoden, Seminare, Gottesdienste, formlose Zusammenkünfte ... jede mehr oder weniger überzeugende Tribüne war für sie Anlaß, die Anwesenheit der Frauen in religiösen Führungsrollen einzuklagen.

Ihr eigener Weg zur Kanzel hatte nicht nur der männlichen Struktur der Kirche zu trotzen, sondern war auch ein Weg voller Hindernisse. In so vielen Jahren anglikanischer Präsenz auf der Insel kann man an den Fingern einer Hand die Frauen abzählen, die ein Kirchenamt bekleideten. In der ganzen Welt ist Nerva die elfte, die dazu ernannt wurde.

In ihrem kleinen Amtszimmer, umgeben von Schlichtheit und Büchern, treffen wir die frisch geweihte Bischöfin an. Sie liest in der Bibel. Es ist früher Nachmittag und die Stille in der Episkopalkirche zu Havanna verleiht dem mit ihr vereinbarten Gespräch mit *Granma Internacional* eine gewisse Feierlichkeit.

Drei Stunden lang unterhalten wir uns mit dieser Frau. Ihre Gesten sind sanft, ihre Stimme ist bedächtig, vielleicht sogar zurückhaltend. Sie besitzt ganz die Art jener, die das Wort predigen. Fast ein Leben lang wirkte sie in Einfachheit in ihrem Amt als Pfarrrerin.

In Fomento, einem Ort in der Provinz Sancti Spiritus, kam Nerva Cot am 9. Oktober 1937 zur Welt. Im Alter von 69 Jahren hat sie über 50 Jahre der Verbreitung des christlichen Glaubens gewidmet, weil sie in ihrer schweren Jugend in der Religion den besten Halt fand.

"Mit zwölf Jahren trat ich der Methodistenkirche bei", erinnerte sie sich. Sie kümmerte sich sehr um die Armen. "Selbst in einer sehr armen Familie aufgewachsen, wurde ich dort gut aufgenommen und fühlte mich bei ihnen zu Hause."

"Jede Verantwortung, die mir übertragen wurde, erledigte ich so gewissenhaft und pflichtbewußt, daß der Pfarrer beschloß, mich in ein Seminar in die Provinz Matanzas zu schicken. Aber um Missionarin zu werden, brauchte ich eine höhere Schulbildung."

Eine Bildung, zu der die junge Frau aus einer so armen Familie wie die ihre keinen Zugang hatte. Die Kirche unterstützte sie finanziell, damit sie die Aufnahmeprüfung zu einem Pädagogikstudium an der Methodistenuniversität in Havanna ablegen konnte.

"Nach der Aufnahmeprüfung stellte ich mich im Evangelischen Seminar von Matanzas zu meiner Ausbildung vor. Dort gab es Schüler von drei, aber voneinander unabhängigen Gemeinden: der Presbyterianer, der Bischofsgemeinde und der Methodisten."

"Damals mußten wir methodistischen Missionarinnen ledig sein und darauf verzichten, einmal eine Familie gründen zu wollen. Es geschah nun, daß ich Juan Ramón de la Paz y Cerezo kennenlernte, und weil die Liebe mehr vermochte, als alle meine Ideale und Vorhaben, beschloß ich, ihn zu heiraten."

"Nach unserer Hochzeit 1960 trat ich seiner Kongregation bei, wobei ich einen völlig weltlichen Status hatte. Juan Ramón übernahm nach seinem Studium das Pfarramt in einer Kirche in der Provinz Camagüey. Aufgrund meiner Bibel- und theologischen Kenntnisse teilten wir uns gelegentlich die Predigt auf der Kanzel und andere Handlungen."

25 Jahre lang wirkte das Pfarrerpaa in der Provinz Camagüey, wo auch ihre drei Kinder geboren wurden, aufwuchsen und zur Schule gingen.

DIE ORDINATION DER FRAU IN DER EPISKOPALKIRCHE

Wenn die anglikanische Kommunion auch das Prinzip der Einheit in der Vielfalt lehrt, führt die Ordination von Frauen immer zu Debatten. Zunächst ließ man sie im Diakonat zu, später in einigen Diözesen auch im Presbyterium.

Es war in den sechziger Jahren und in einem politischen, sozialen und ökonomischen Kontext, als Nerva vor der Herausforderung stand, unter den revolutionären Veränderungen eine Zukunft zu finden.

"In jener Zeit hatten wir kaum Raum für eine ausgefüllte Führungsrolle der Frau in der bischöflichen Gemeinde. Es gab nur eine Organisation, der sogenannte Hilfszweig der Frauen. 1962 begah ich Ausbildungsprogramme und Orientierungen für die Frauen, mit einer einschließenden Perspektive zu erarbeiten."

Nach dem Bruch der Beziehungen zwischen Kuba und den USA gelangte die Episkopalkirche, die als ein Missionsdistrikt der US-Kirche arbeitete, in den Prozeß der Autonomie, die 1967 erreicht wurde, um das kubanische Volk in seinen Traditionen zu begleiten.

Unter dieser Bedingung begann eine schwierige Etappe für die evangelische Gemeinde. Es gab plötzlich kein Geld mehr, um den Klerus zu erhalten.

"Dieser Umstand brachte für uns die Notwendigkeit mit sich, das Problem unseres Familieneinkommens zu lösen. Bevor es zu jenen Schwierigkeiten kam, hatte ich mich bereits mit der Arbeit der Bildungssekretariate der Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) bekennt gemacht. Freiwillig gab ich sogar Kindern in meiner Wohnung Unterricht. Und ich war eine *Madre Combatiente por la Educación* (für die Bildung kämpfende Mutter)."

"Mit dieser Vergangenheit beteiligte ich mich 1970 an dem Programm für Volkslehrer und begann an einer Grundschule zu arbeiten. Nach zwei Jahren intensiver Studien schloß ich meine Ausbildung als Grundschullehrerin ab. Dann arbeitete ich als Englischlehrerin an einer Sekundarschule. Gleichzeitig absolvierte ich Hochschulstudien in Fremdsprachen. Ungefähr 18 Jahre lang war ich als Lehrerin tätig."

"In diese Zeit fällt die Anerkennung unseres Rechts auf das Pfarramt durch die Episkopalkirche. 1986 wurde ich mit zwei anderen Frauen im Diakonat eingesetzt."

Nach 25 Jahren Arbeit im Hirtenamt in der Provinz Camagüey setzten die Geistlichen Juan Ramón de la Paz und Nerva Cot ihre Arbeit in Guantánamo und Santiago de Cuba fort. 1989 wurde Nerva ins Presbyterium berufen.

Fünf Jahre später, Ende 1993, wurde die Pfarrerinnen zur Kanonissin der Episkopalkirche von Havanna ernannt.

Zwanzig Jahre vergingen, ohne daß eine andere Frau das Diakonat erreichte. 2005 wird Marianela de la Paz Cot im Diakonat eingesetzt und am 4. Februar 2007 im Presbyterium. In jener Synode war sie zum ersten Mal anwesend, als ein Bischofspräsident der Episkopalkirche der USA von der Primatin Catherine J. Schori vertreten wurde.

"Am gleichen Tag", erinnert sich Nerva noch tief bewegt, "überraschte man mich in der Kirche des Heiligen Franz von Assisi in Matanzas mit der Ernennung zur Bischöfin."

Am Sonntag, dem 10. Juni, wurde Nerva Cot Aguilera zur Hilfsbischöfin in der Trinitatiskathedrale zu Havanna geweiht.

Mit ihrer Anwesenheit ehrten neben den 16 Bischöfen ca. vierzehn Presbyterianer aus verschiedenen Teilen der Welt; Mitglieder des Büros für Religiöse Angelegenheiten des Zentralkomitees unter Leitung von Caridad Diego Bello und Vertreter aus dem religiösen Leben der Insel die Weihe.

"Wir Frauen haben die Fähigkeit, in Konflikten und komplizierten Situationen zu vermitteln. Wenn wir auf Fehler hinweisen, versuchen wir es mit Sanftmut zu tun. Wir sind zwar standhaft, aber nicht so aggressiv. Mit unserer mütterlichen Tugend können wir erreichen, daß die Kirche zu einer großen Familie wird, wo wir uns alle gut behandeln, aufgenommen, vereint fühlen."

Nerva vermochte ihre christliche Laufbahn mit ihren drei großen Leidenschaften zu vereinbaren: "Die Familie, die Kirche und das Vaterland." Das begründet sie so:

"Zu versuchen, unsere Kinder inmitten einer polarisierten Realität zu orientieren; ihnen zu helfen, eine christliche Ausbildung zu erhalten, die mit dem Augenblick, den unsere Nation durchlebt, nicht in Konflikt gerät, war eine Herausforderung, der wir alle gewachsen waren."

Heute begegnet Nerva Cot Aguilera in ihrer neuen Verantwortung anderen Herausforderungen, die nicht weniger groß sind. Die erste Bischöfin der Episkopalkirche in Lateinamerika und der Karibik zu sein, ist für sie sehr viel mehr als ein Symbol und eine Ehre.

"Natürlich hat sich mein Leben radikal geändert. Früher lebte ich für einen engeren Bereich. Heute bin ich für einen Teil Kubas verantwortlich, die westliche Region, die ich zu betreuen habe."

"Ich stehe außerdem vor der Herausforderung, allem, was wir für die Kirche geträumt und gewollt haben, geltend zu machen; damit sie wachsen und sich über die Grenzen hinaus, wo wir sie empfangen haben, ausdehnen kann." •

Kuba flexibilisiert die Zollbestimmungen für nichtkommerzielle Einfuhren

• **Zufriedenheit bei den Reisenden über zügige Abfertigung**

• **Weniger Beschlagnahmen**

LISANKA GONZALEZ SUAREZ
- Granma Internacional

• AB dem 1. Juni hat das Zollamt der Republik Kuba Änderungen in Kraft gesetzt, die die bestehenden Regelungen bei der Einfuhr verschiedener nichtkommerzieller Güter flexibilisieren.

"Das bedeutet keine Änderung der Zollpolitik", versichert Ramón Sánchez-Parodi Montoto, Direktor für internationale Beziehungen der Institution, "aber neue Bedingungen im Land haben ermöglicht, daß andere Institutionen ihre Regelungen in diesem Zusammenhang geändert haben, woraufhin das Zollamt diese Maßnahmen einführen konnte, die die Abfertigung der Reisenden erleichtern und beschleunigen."

Unter den Modifikationen hat bei den Menschen, die die Insel besuchen, die Erhöhung des Wertes der erlaubten Einfuhren von 250 auf 1.000 Peso die meiste Zustimmung gefunden.

"Faktisch gibt es schon Einschränkungen durch die Fluggesellschaften, denn sie erlauben nicht, sehr viel Gepäck mitzubringen, begrenzen die Größe der Gepäckstücke. Ganz zu schweigen von den Einschränkungen, denen die Passagiere aus den Vereinigten Staaten unterliegen, die viele Dinge nicht nach Kuba mitbringen dürfen", hob er hervor.

Das heißt, die Reisenden können auf jeder Reise Gegenstände (keine exzessiven Mengen gleicher Artikel, da dies auf einen kommerziellen Charakter schließen läßt) im Wert von maximal 1.000,00 Peso einführen und die entsprechenden Zollgebühren bezahlen. Unabhängig davon hat jeder das Recht, gebührenfrei seine persönlichen Gegenstände mitzuführen, ebenso Medikamente (bis 10 kg), Prothesen, Rollstühle für Kranke und Behinderte, etc.

Für eingeführte Güter, deren Wert zwischen 50,99 und 1.000,00 Peso liegt, zahlen sie entsprechend dem Wert der Güter einen progressiven Tarif. Von 51,00 bis 250,99 Peso entspricht er 100% des Werts, von 251,00 bis 500,99 Peso 150% und von 501,00 bis 1.000,00 Peso 200%.

Eine weitere neue Maßnahme betrifft die Währung, in der die Zollgebühren bezahlt werden. Der Reisende bezahlt in nationalen kubanischen Peso (CUP), wenn er seinen ständigen Wohnsitz in Kuba hat, und in konvertierbaren kubanischen Peso (CUC) wenn dies nicht der Fall ist, wobei der offizielle Wechselkurs angewandt wird.

Das Zollamt hat auch einen Wert für die Kategorie Verschiedenes (Kleidung, Schuhe, Toilettengegenstände) festgelegt, die Güter, die die kubanischen Reisenden vor allem importieren, wobei jetzt bis 100 kg zu Gebühren von 10 Peso pro kg eingeführt werden können. Genau wie bei den anderen Waren kann der Reisende dabei Güter bis zu einem Gesamtwert von 1.000 Peso einführen.

"Einige denken fälschlicherweise, die an die Fluggesellschaften entrichteten Gebühren für das Übergepäck würden die Zollgebühren abdecken", erklärt Sánchez-Parodi. "Man muß daran erinnern, daß alle Reisenden Anspruch darauf haben, Gepäck bis zu einem bestimmten Gewicht mitzunehmen. Aber das hat nichts mit den Zollgebühren zu tun, die ausgehend vom Wert der importierten Waren festgelegt werden. Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß die Einschränkungen schon von den Fluggesellschaften ausgehen, denn sie erlauben nicht, viel Gepäck mitzubringen."

Vom 1. Mai dieses Jahres an ist die Einfuhr von Videogeräten, DVD, Playstation, usw. erlaubt, wobei jeweils zwei Stück mitgebracht werden können, soweit der Gesamtwert die 1.000 Peso nicht überschreitet. Jetzt können auch Stromaggregate, ganze Karosserien, ganze Kraftfahrzeugmotoren, Trailer und Anhänger, Fahrräder, Skateboards und Roller mit elektrischem Antrieb eingeführt werden. Der Import von Computern ist auch nicht eingeschränkt, soweit der Wert nicht über dem festgelegten Höchstwert liegt.

Der Wert der eingeführten Gegenstände muß im Fall von elektrischen Haushaltsgeräten durch eine Quittung belegt werden, die vom Zoll akzeptiert wird. Wenn der Reisende keine Quittung vorlegt, kommt eine Preisliste des Zollamts zur Anwendung.

Das Land beschränkt weiterhin die Einfuhr von Geräten mit hohem Stromverbrauch wie Klimaanlage, Gefriertruhen mit einem Fassungsvermögen von mehr als sieben Fuß (sowohl im Originalartikel als auch auf der Internetseite des Zolls erscheint diese Angabe, wahrscheinlich sind Kubikfuß gemeint, also etwa 200 Liter; AdÜ); Elek-



Die Zollbeamten sind gut ausgebildet", versichert Ramón Sánchez-Parodi Montoto, Direktor für internationale Beziehungen der Einrichtung

troherde und Kochplatten, einschließlich Widerstände; Backöfen und Mikrowellen; Duschen; Fritteusen; Wasserkocher; Bügeleisen mit über 290 W/h oder Dampfbügeleisen mit über 703 W/h; Toaster, usw. Die Erfüllung bestimmter Erfordernisse (Lizenz oder vorherige Genehmigung durch das Ministerium für Informatik und Kommunikation) gilt weiterhin für schnurlose Faxgeräte, Telefonanlagen; Gegenstände für Datennetze; schnurlose Telefone, außer für die Bereiche 40-49 MHz, 2,4 GHz und 5 GHz; Sender; Funkgeräte, einschließlich Walkie-Talkies; professionelle Radioempfänger; Erdstationen und Satellitenübertragungsterminals, einschließlich Parabolantennen und Satellitentelefone.

"Wir haben unter den Reisenden große Zufriedenheit beobachtet, nicht nur wegen der Flexibilität und der Beschleunigung der Abfertigung, sondern auch, weil bedeutend weniger beschlagnahmt wird. Das erleichtert unsere Arbeit, macht sie transparenter", versicherte der Beamte.

Im Zollamt werden nur die Zollgebühren und der Service der Dienststellen bezahlt. Der Reisende kann die Bezahlung jetzt auch in den Wechselstellen (CADECA) der Flughäfen vornehmen. Im Fall der Gebühren in der Kategorie Verschiedenes, das ist eine weitere Neuheit im Service, kann dies auch in der CADECA erledigt werden, nachdem der Reisende das Gepäck selbst abwägt; die dafür installierte Waage gibt automatisch ein Ticket mit der Angabe des zu entrichtenden Betrags aus.

"Manchmal beschwerten sich die Leute aus Unkenntnis. Man muß an erster Stelle hervorheben, daß die Angestellten der Einrichtung gut ausgebildet sind. Wir haben eine Schule für die Ausbildung der Zöllner, die jeder Inspekteur absolviert. Außerdem ist das Zollpersonal in Brigaden organisiert, deren Chefs die Arbeit angemessen kontrollieren, die Beschlagnahmen, das eingemommene Geld, obwohl es jetzt nicht mehr der Inspekteur ist, der das Geld einnimmt, sondern die Kasse. Außerdem werden alle Zahlungen registriert, der Reisende erhält eine Bescheinigung über die gezahlten Gebühren und im Fall von Beschlagnahmen eine Kopie des Protokolls."

"Wir haben einen Telefonservice, damit die Leute, auf Wunsch auch anonym, beliebige Unregelmäßigkeiten anzeigen oder um mehr Information bitten können. Dazu können sie über die Telefone 883-8282, 883-7575 und 881-9732 (alle in Havanna) mit dem Zollamt Kontakt aufnehmen. Der Reisende hat das Recht, beim Zollkontrollamt Beschwerde einzulegen, wenn er mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist. Es gibt das Einbehaltungsprotokoll, wo aufgeführt wird, was beschlagnahmt wurde, und der Betroffene verfügt über 30 Tage für den ersten Einspruch. Danach sind weitere Einsprüche möglich."

"Es gibt eine Einheit, die die beschlagnahmten Güter kontrolliert. Alle diese Sachen haben einen Bestimmungszweck, sie gehen für soziale Zwecke an staatliche Institutionen oder zum Verkauf an das Ministerium für Binnenhandel. Das Zollamt hat eine strenge Kontrolle dafür organisiert", unterstrich er zum Abschluß des Gesprächs. •

Um eine zügige Abfertigung zu gewährleisten und Unannehmlichkeiten zu vermeiden, rät das Zollamt den nach Kuba reisenden Passagieren:

- Die Zollerklärung für Passagiere korrekt auszufüllen
- Medikamente und andere gebührenfreie Artikel in einzelnen Gepäckstücken unabhängig vom restlichen Gepäck zu führen
- Sich an die Höchstgrenze des Importwertes von 1.000 Peso zu halten
- Keine Gegenstände mit sich zu führen, deren Einfuhr verboten ist
- Keine Gegenstände mit sich zu führen, die eine Genehmigung anderer Organe erfordern, ohne diese zu besitzen. •

Sowohl bei der Einreise als auch bei der Ausreise dürfen nicht mit sich geführt werden:

- Drogen, Rauschgift und psychotrope oder halluzinogene Substanzen, außer die medizinischen Gebrauchs mit Vorlage der ärztlichen Verschreibung
- Sprengstoffe
- Feuerwaffen und Munition, außer bei Vorlage der ausdrücklichen Genehmigung des zuständigen Organs
- Literatur, Artikel oder Gegenstände obszönen oder pornografischen Charakters, und solche, die gegen die allgemeinen Interessen der Nation verstoßen
- Durch die Konvention über Internationalen Handel Bedrohter Tier- und Pflanzenarten geschützte Arten, wenn keine Genehmigung der zuständigen Behörde (Genehmigung CITES) vorliegt.

Bei der Ausreise darf nicht mit sich geführt werden:

- Mehr als drei Einheiten des gleichen Medikaments kubanischer Produktion, außer denen für eine fortdauernde Behandlung, in Übereinstimmung mit deren Zeitdauer und bei Vorlage der Bescheinigung der Gesundheitseinrichtung und, im Fall von Reisenden ohne ständigen Wohnsitz in Kuba, der entsprechenden offiziellen Rechnung.
 - Werke des Kulturerbes oder mit Museumswert, Bücher, Broschüren und Serienpublikationen, die vor mehr als 50 Jahren veröffentlicht wurden, sowie kubanische Bücher der Ausgaben "R", wenn keine Exportbescheinigung des Registers für Kulturgüter vorgelegt wird
 - Mehr als 50 kubanische Zigarren, wenn keine offizielle Rechnung der Verkaufsstelle vorliegt, in der sie gekauft wurden
 - Langusten (eingefrorene Schwänze mit Panzer), wenn keine Rechnung vorliegt, die den rechtmäßigen Erwerb in den autorisierten Verkaufsstellen bescheinigt
 - Mehr als 5.000,00 USD Bargeld oder das Äquivalent in anderen Währungen, wenn es nicht bei der Einreise auf der Zollerklärung aufgeführt wurde oder die entsprechende Genehmigung der Bank vorliegt
 - Über 100 nationale kubanische Peso (CUP), über 200 konvertible kubanische Peso (CUC)
 - Buchmanuskripte; Inkunabel (Bücher, die zwischen 1440 und 1500 gedruckt wurden); Bücher, Broschüren und Serienpublikationen, die im 18. Jahrhundert in Kuba veröffentlicht wurden; Bücher und Broschüren mit dem Stempel NO SON EXPORTABLES von Bibliotheken des Landessystems der Öffentlichen Bibliotheken und anderer Informationssysteme, sowie kubanischer Organe und Einrichtungen
 - Einzelstücke und Sammlungen von numismatischem Wert, wenn nicht die Genehmigung des Numismatischen Museums oder der Zentralbank Kubas vorgelegt wird.
- Beim Erwerb von Gegenwartsmalerei und Skulpturen an den Verkaufsstellen, an denen sie angeboten werden, versichern Sie sich, daß sie den Stempel besitzen, der die Ausfuhr genehmigt, oder beantragen Sie die entsprechende Genehmigung. Sie ist unabdingbare Voraussetzung für die Ausfuhr aus dem Land. •



JUVENAL BALAN



Die US-Regierung beleidigt die Opfer des 11. September, indem sie Posada schützt

• Erklärung der Nationalversammlung des Poder Popular

• NACH Jahrzehnten des Wartens hat man dieser Tage in Washington, teilweise und mit Auslassungen, offizielle CIA-Dokumente veröffentlicht, die einige Mordpläne gegen den Genossen Fidel Castro und andere Verbrechen gegen unser Volk aufdecken. Wir Kubaner sehen uns diesen Aktionen schon fast ein halbes Jahrhundert lang ausgesetzt und prangern sie fast ebenso lange an, so daß uns diese Nachricht kaum überrascht.

Was die CIA heute zugibt, ist nicht Geschichte. Es ist die Realität von heute, und die Tatsachen beweisen dies. Am kommenden 12. September werden es neun Jahre sein, daß fünf Kubaner unter harten und un-

gerechten Haftstrafen leiden, weil sie friedlich, ohne Waffen, den von den USA geförderten Terrorismus gegen Kuba bekämpft haben.

In unerhörtem Kontrast dazu genießt seit zwei Jahren der größte Mörder dieser Hemisphäre auf US-amerikanischem Boden den Schutz Bushs.

Mit der Freilassung von Luis Posada Carriles entpuppt sich die heutige US-Regierung offen als Komplize und Förderer des internationalen Terrorismus.

Bush ignoriert die Internationale Konvention zur Bekämpfung von terroristischen Bombenattentaten und die Konvention zur Bekämpfung illegaler Handlungen gegen die Sicherheit der zivilen Luftfahrt, die ihn verpflichten, Posada Carriles nach Venezuela auszuliefern bzw. diesen wegen der Zerstörung eines kubanischen Passagierflugzeugs am 6. Oktober 1976 und des To-

des von 73 Menschen vor Gericht zu stellen.

Bush ignoriert außerdem die Resolution 1373 des Jahres 2001, die auf Ersuchen seiner Regierung vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wurde, in der alle Staaten aufgefordert werden, diese Konventionen zu respektieren, Terroristen nicht zu schützen und zu garantieren, daß sie der Justiz nicht entkommen. Mit dem Schutz für Posada Carriles beleidigt die US-Regierung ihr Volk, besonders die Opfer des 11. September 2001, und verletzt ihre eigenen Gesetze, einschließlich des umstrittenen *Patriot Act*, das erlassen wurde, um Tausende von Personen innerhalb und außerhalb der USA verhaften zu können, das aber launisch übergangen wurde, als es sich um einen antikubanischen Terroristen handelte.

Wie die Richter, die die banalen Beschuldigungen wegen Einwanderungsbe-

trug überprüfte, mit denen die Staatsanwaltschaft versucht, die Öffentlichkeit hinter Licht zu führen und zu verhindern, daß er wegen seiner tatsächlichen Verbrechen verurteilt wird, sagte, war Posada Carriles beteiligt an bzw. verwickelt "in einige der infamsten Straftaten des 20. Jahrhunderts. Dazu zählen die Invasion in der Schweinebucht, der Iran-Contra-Skandal, die Zerstörung des Fluges Nr. 455 von Cubana de Aviación, die Bomben in touristischen Einrichtungen in Havanna 1997 und wie einige Verschwörungstheoretiker behaupten, der Mord an Präsident John F. Kennedy ...".

Die Entscheidung von W. Bush, die der ähnelt, die sein Vater gegenüber dem Verbündeten von Posada Carriles, den ebenfalls geständigen Mörder Orlando Bosch, anwendete, bringt die Verflechtung Washingtons mit dem internationalen Terrorismus zum Ausdruck, wenn er seinen Interessen dient, und demonstriert das unmoralische Messen nach zweierlei Maß.

Zur Schande der Justiz schützen die US-Behörden einen notorischen Verbrecher, während Gerardo Hernández, Ramón Labañino, Antonio Guerrero, Fernando González und René González, deren einziges Vergehen es war, gegen den Terrorismus zu kämpfen, ohne jemandem zu schaden, zu Unrecht unter härtesten Bedingungen im Gefängnis sitzen. Diese skandalöse Situation besteht weiter, trotz der weltweiten Forderungen um sofortige Befreiung unserer fünf Helden, einer Forderung, der sich die UN-Arbeitsgruppe über willkürliche Verhaftungen angeschlossen hat.

Aus dem Verhalten der Bush-Regierung ist ihre Absicht klar zu erkennen, weiterhin die härtesten Methoden gegen Kuba anzuwenden. Die CIA-Dokumente enthüllen einen Teil der Versuche, Genossen Fidel Castro zu ermorden und unserem Volk Tod und Schmerz zu bringen. Der zynische Schutz für Posada und die willkürliche Bestrafung unserer fünf antiterroristischen Kämpfer sind unwiderlegbare Beweise dafür, daß die anrühigen, jetzt gestandenen Absichten nicht der Vergangenheit angehören und sich die Politik der jetzigen US-Regenten nicht im geringsten geändert hat.

Mögen jene, die die Mörder decken und die kubanische Revolution zerstören wollen, wissen, daß der Tag nicht fern ist, an dem die Völker der Welt von ihnen Rechenschaft verlangen werden, und das ehrenvolle Volk der USA sich der Beleidigung seiner Würde entledigen wird. Mögen sie wissen, daß wir Kubaner hier bereit sind, Widerstand zu leisten und zu kämpfen, um die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlands zu gewährleisten, und an der Seite von Fidel und Raul werden wir unsere Sozialistische Revolution um den Preis unseres Lebens verteidigen und das Versprechen von Maceo erfüllen, "... wer versucht, Kuba an sich zu reißen, wird den Staub seiner blutgetränkten Erde aufnehmen, wenn er sein Leben nicht im Kampf verliert".

**Nationalversammlung der Poder Popular der Republik Kuba
Havanna, den 29. Juni 2007
"49. JAHR DER REVOLUTION"**

Parlamentarier debattieren über den Verkehr

HAYDEE LEON / NAVIL GARCIA
- Granma Internacional



Provinz Ciego de Avila, die Straßen in den Bergregionen und die zentrale Eisenbahn-

• KUBA wird in diesem Jahr die Autopista Nacional, die Vía Blanca (wichtige Verbindungsstraße nach Varadero), die Dammstraßen nach Cayo Coco und Santa María im Norden der Provinz Ciego de Avila, die Straßen in den Bergregionen und die zentrale Eisenbahn-

linie sanieren, um die Effizienz im Verkehrswesen zurückzuerlangen, informierte Verkehrsminister Jorge Luis Sierra Cruz in der Nationalversammlung der Poder Popular.

Der Personenverkehr werde sich in den nächsten Monaten allmählich verbessern, da neue Busse gekauft würden, versicherte er.

Diese Fahrzeuge werden Schritt für Schritt in den Nahverkehr eingegliedert, nachdem die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen sind und ihre Nutzung gesichert ist.

Damit wird die Situation des Nahverkehrs

zunehmend verbessert, wenn auch kurzfristig nicht das Niveau von 1986 bis 1990 erreicht werden könne.

Gebrauchte Busse, die schon gekauft wurden, sind bereits im Nahverkehr der Hauptstadt im Einsatz.

Der Minister stellte heraus, daß im Gütertransport noch Schwierigkeiten vorhanden seien, wobei neue Investitionen und die Anwendung von organisatorischen Maßnahmen es aber erlaubten, auch dort die Leistungsfähigkeit zu steigern.

Im Eisenbahnverkehr herrschen leider sowohl in der Beförderung von Personen

als auch im Gütertransport noch Mängel im Fahrbetrieb und in der Kontrolle vor, die es kurzfristig zu beseitigen gilt.

Zur Unterstützung eines geeigneten Betriebs und zum Schutz des Omnibus- und LKW-Fuhrparks würden Investitionen getätigt, um die Straßenreparaturbrigaden wieder zu beleben und die Produktion von Baumaterial zu diesem Zweck zu steigern.

Das Thema veranlaßte zu zahlreichen Redebeiträgen der Abgeordneten, die sich im wesentlichen auf den wenig rationellen Einsatz der Fahrzeuge bezogen, der sich lähmend auf den Personenverkehr auswirkt. •

REFLEXIONEN DES COMANDANTE EN JEFE

Ein weiteres Argument für das Manifest

• Warum ich eines Tages bei einer der Reflexionen gesagt habe, dass Bush meine Ermordung bewilligt oder angeordnet hat?

Dieser Satz kann als zweideutig und ungenau ausgelegt werden. Vielleicht wäre es genauer zu sagen, obwohl das noch konfuser klingt, dass er sie bewilligt und angeordnet hat. Ich werde dies hier sofort begründen:

Dieses Thema zur Anklage seines Mordplanes bezüglich meiner Person wurde schon vor dem Zeitpunkt aufgeworfen, als er den anderen Kandidaten durch Wahlbetrug um den Sieg brachte.

Vor schon recht langer Zeit, d.h. am 5. August 2000, habe ich es in der Stadt Pinar del Río, vor zahlreichem, dort anlässlich der traditionellen Feierlichkeiten zum 26. Juli versammeltem Publikum kämpferischer Mitbürger angeprangert, in einer Provinz, welche zusammen mit Villa Clara und Havana-Stadt aufgrund ihrer Verdienste Austragungsort dieser Veranstaltung war.

Es ist wirklich ein Rätsel, die Verantwortlichen der mehreren hundert Attentate gegen mein Leben aufzuzeigen. Es wurde jede mögliche Art und Weise verwendet, um meinen Tod zu verursachen, sowohl auf direkte als auch indirekte Art. Ford hat nach dem aus moralischen Gründen zwangsläufig verursachten Abtritt von Nixon das Verbot verfügt, Regierungsbeamte dazu zu verwenden, Morde zu begehen.

Ich bin sicher, dass Carter aufgrund seiner religiösen Überzeugungen niemals den Befehl zu solch einem Unternehmen gegen mich gegeben hätte. Er war der einzige Präsident der bei verschiedenen wichtigen Themen eine freundschaftliche Geste gegenüber Kuba hatte, so unter anderem die Einrichtung der Interessenvertretung in Kuba.

Mir ist nicht bekannt, dass Clinton so etwas angeordnet hätte, sodass ich ihm solch einen Befehl nicht zuschreiben kann. Er achtete ohne Zweifel die Gesetze und handelte mit politischem Verantwortungsbewusstsein, als er die gerichtliche Entscheidung respektierte, den entführten Jungen dem Vater und seinen nächsten Familienangehörigen zurückzuschicken, da dies auch schon die Unterstützung der Mehrheit der US-amerikanischen Bevölkerung genoss.

Dennoch ist es eine Tatsache, dass Posada Carriles während seiner Regierung mittelamerikanische Söldner anheuerte, um in den Hotels und anderen Freizeiteinrichtungen solcher Städte wie Havanna und Varadero Bomben zu legen und damit der einer Blockade unterliegenden und in Sonderperiode befindlichen Wirtschaft von Kuba einen Schlag zu versetzen. Der Terrorist hat nicht davor zurückgeschreckt zu erklären, dass sich der hierbei umgekommene junge Italiener "zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort" befunden hätte, ein Satz, den Bush vor kurzem wiederholt hat, als ob dieser ein poetischer Vers wäre. Das Geld, einschließlich der elektronischen Materialien um solcherart Bomben anzufertigen, stammte von der Cuban American National Foundation (CANF), welche die ihnen zur Verfügung stehenden reichlichen Fonds verteilte und hiermit unverhüllt Lobby bei Mitgliedern sowohl der einen als auch der anderen Partei im US-amerikanischen Repräsentantenhaus machte.

Ende 1997 fand das 7. Iberoamerikanische Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs auf Isla Margarita in Venezuela statt, an dem ich gezwungenermaßen teilnehmen musste.

Am 27. Oktober jenes Jahres fuhr ein Wasserfahrzeug mit dem Namen "La Esperanza" in Richtung Isla Margarita. Als es sich der Küste von Puerto Rico sehr näherte, wurde es von einem Patrouillenboot von Küstenpolizei und Zollbehörden jener besetzten Insel abgefangen, da Drogentransport vermutet wurde. Auf dem Schiff reisten vier Terroristen kubanischer Herkunft, die 7 Kisten mit Munitionen und zwei halbautomatische Scharfschützengewehre Barrett Kaliber 50 mit Nachsichtzielfernrohr mitführten, welche mit Präzision auf eine Entfernung von mehr als tausend Metern Panzerfahrzeuge oder Flugzeuge - sowohl während des Fluges als auch kurz vor dem Abheben bzw. beim Landansatz - treffen können.

Die halbautomatischen Gewehre waren Eigentum von Francisco José Hernández, Präsident der Cuban American National Foundation. Die Yacht "La Esperanza" war als Eigentum von José Antonio Llamas registriert, einer der Leiter derselben konterrevolutionären Organisation. Letzterer erklärte kürzlich, die CANF habe einen Transporthubschrauber, zehn ferngesteuerte Ultraleichtflugzeuge, sieben Wasserfahrzeuge und reichlich Explosionsmaterial mit dem ausdrücklichen Ziel erworben, Terroraktionen gegen Kuba durchzuführen. Der CANF stand außerdem eine weitere Yacht zur Verfügung, die "Midnight Express", die, so Llamas, den Chairman - Obersten Chef - Mas Canosa zur Insel bringen würde, um sich als Präsidenten auszurufen, sobald Fidel Castro ermordet und seine Regierung gestürzt worden wäre.

Den US-Offizieren in Puerto Rico blieb nichts anderes übrig, als die vier Besatzungsmitglieder den Gerichten zu übergeben. In Venezuela war Posada Carriles mit der Leitung der Plan-ausführung betraut. Er wurde dort jeden Augenblick erwartet.

Könnte es sein, dass dies den US-amerikanischen Behörden, die der Foundation öffentliche Fonds schaffen und diese mit Geschäften in Millionenhöhe versorgen, unbekannt sein?

Die Verhafteten wurden im Dezember 1999 von einem geälligen Geschworenengericht wegen "fehlender Beweise" freigelassen. Diese gediehlene Rechtssache wurde von Hector Pesquera gemanagt, dem korrupten FBI-Beamten, der anschließend mit dem Chefposten dieser Agentur in Miami belohnt wurde und der Hauptakteur bei der Festnahme der fünf kubanischen Antiterror-Kämpfer in der Florida war.

Die berühmt berüchtigte US-kubanische Mafia bereitete sich auf die Präsidentenwahlen vom November 2000 vor. Sowohl sie als auch die andere Partei machten sich deren Unterstützung strittig, da der Bundesstaat Florida entscheidend für den Wahlsieg sein konnte. Ihre Chefs aus den ehemaligen Batista-Kreisen waren vor allem Fälschungsexperten.

In der vorher von mir genannten Rede, sagte ich wörtlich u. a. Folgendes:

"Jetzt ist gerade die so genannte Republican Convention beendet worden, ausgerechnet in Philadelphia, Ort in der die berühmte Unabhängigkeitserklärung von 1776 bekannt gegeben wurde. Jene Sklavenbesitzer, die sich gegen den britischen Kolonialismus auflehnten, haben das schändliche System der Sklaverei, das noch beinahe ein Jahrhundert andauerte, nicht abgeschafft."

"...unter dem Bruch wichtiger internationaler Abkommen ... hat die Republican Convention, die gerade in Philadelphia unter der Leitung ihres illustren Kandidaten zusammengetroffen war, als erstes die Absicht angekündigt, den Haushalt der Streitkräfte wesentlich aufzustocken, mit dem Ziel militärische Forschung, die Entwicklung und den Bau einer Raketenabwehr, die die gesamte Nation abdeckt, durchzuführen, mit einem Radarnetz, das feindliche Raketen, die auf dem Weg in Richtung des Territoriums der Vereinigten Staaten sind, aufspüren und mitten im Flug abschießen könnte."

Diejenigen, die so denken, sind nicht in der Lage zu verstehen, dass diese Politik zu totaler internationaler Ablehnung führen würde, einschließlich von Europa, und alle, die sich durch eine Strategie bedroht fühlen, die sie vor den Vereinigten Staaten entwarfnet, wie ein Magnet anziehen würde. Ein neues gefährliches und überbeutes Wettrüsten würde auf der Stelle losbrechen, und nichts könnte die Verbreitung von Nuklear- und anderer Massenvernichtungswaffen verhindern."

Ich wagte es, sieben Jahre vor Bushs kürzlichem Besuch in der Hauptstadt Albanien, der eine meiner Reflexionen nach sich zog, hiervor zu warnen.

Unmittelbar fuhr ich fort:

"Die Autoren des Projekts wissen genau, dass etwas mehr als die Hälfte der US-Amerikaner, die noch verwirrt sind und über das komplexe Problem nicht ausreichend informiert sind, glauben, dass eine solche Lösung den Sicherheits- und Friedensinteressen des Landes am besten gerecht wird. Der republikanische Kandidat mit dieser extremen Position, dem Gegenteil jedes vernünftigeren und angemesseneren Vorschlags von Seiten seines Gegners, würde den Wählern als der starke, vorsorgliche und harte Mann gezeigt werden, den die Vereinigten Staaten angesichts jeder eingebildeten oder realen Gefahr brauchen. Dies ist die gute Nachricht, mit der sie die Bewohner des Planeten von Philadelphia aus bescherten."

Ich war damals weit davon entfernt, die Besetzung von Afghanistan und die Pläne zur Entfesselung eines Krieges in Irak miterlebt zu haben.

Dann fuhr ich fort und prangerte bei jener Rede Bushs Programm für Lateinamerika an:

"Was hat das nagelneue Programm besonders für Lateinamerika und die Karibik zu bieten? Es gibt einen viel sagen den Satz: 'Das nächste US-amerikanische Jahrhundert muss ganz Lateinamerika mit einschließen.' Diese einfache Zeile bedeutet nichts anderes, als die Verkündung des Besitzanspruchs auf Lateinamerika und die Karibik."

Gleich darauf wird hinzugefügt: 'In Abstimmung mit dem Kongress wird der Präsident mit Schlüsseldemokratien in der Region und vor allem Mexiko zusammenarbeiten.' Der Satz 'und vor allem Mexiko' fällt auf, ein Land, dem sie schon die Hälfte des Territoriums in einem expansionistischen und nicht zu rechtfertigenden Krieg entrissen haben. Die deutliche Absicht ist offensichtlich, zunächst die wirtschaftliche Annexion und die totale politische Unterwerfung dieses Landes zu betreiben, und später dasselbe mit allen anderen Ländern unserer Region zu tun, ihnen ein besonders für die US-amerikanischen Interessen höchst günstiges Freihandelsabkommen aufzuzwingen, dem sich nicht einmal eine kleine Insel in der Karibik entziehen könnte. Selbstverständlich freier Kapital- und Warenverkehr, niemals freier Personenverkehr!"

"Wie zu erwarten, war laut den Agenturmeldungen im leoninischen Programm von Philadelphia ein bedeutender Teil des Abschnitts über Lateinamerika Kuba gewidmet: 'Unsere wirtschaftlichen und politischen Beziehungen werden sich ändern, wenn das kubanische Regime alle politischen Gefangenen freilässt, friedlichen Protest legalisiert, die politische Opposition und die Redefreiheit zulässt und sich zu demokratischen Wahlen verpflichtet.' Für die Autoren dieser demagogischen Ausgeburt ist Freiheit und Demokratie das, was in einem hinfälligen und korrupten System praktiziert wird, in dem allein das Geld entscheidet und wählt, und in dem ein Präsidentschaftskandidat dies auf blitzartige Weise als Erbe eines freien Throns wird."

"Eine andere Agenturmeldung berichtet: 'Das Programm beinhaltet, neben der aktiven Unterstützung für die Feinde der Revolution, die Übertragung von Informationssendungen von den Vereinigten Staaten aus nach dem karibischen Land'. Das heißt, sie beabsichtigen, mit dem Dreck, den die subversiven Sender gegen Kuba vom Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten aus in Umlauf bringen, weiterzumachen; die Schmach wird andauern, dass in den offiziellen Sendern der Regierung der Vereinigten Staaten der für unser Volk ruhmvolle und heilige Name von José Martí gebraucht wird."

"Bei einer Pressekonferenz kreischten US-amerikanische Parlamentarier kubanischer Herkunft euphorisch: 'Diese Sprache ist ohnegleichen. Die Republikanische Partei hat sich noch nie so weitgehend verpflichtet.'"

"Zur Krönung des Berges an Unrat, den das republikanische Programm enthält, wird schließlich festgestellt: 'Die Republikaner denken, dass sich die Vereinigten Staaten an die im Cuban Adjustment Act von 1966 aufgestellten Prinzipien halten müssen, das die Rechte der kubanischen Flüchtlinge die vor der kommunistischen Tyrannei fliehen, anerkennt.'"

"Vom Ansehen der imperialen Politik wird nicht einmal Staub übrig bleiben. Wir werden ihre Heuchelei und ihre Lügen eine nach der anderen systematisch anklagen und niederreißen."

Es ist offensichtlich, dass sie keine Ahnung davon haben, welch erstklassiges Volk sich in diesen vierzig Jahren Revolution geschmiedet hat.

Unsere Botschaft wird an alle Enden der Welt gelangen und unser Kampf wird Beispiel sein. Die Welt, die immer unregierbarer wird, wird den Kampf fortführen, bis Hegemonismus und Unterjochung der Völker völlig unhaltbar werden.

Wer nun zum Präsidenten des Imperiums gewählt wird, darf nicht verkennen, dass Kuba die totale Aufhebung des mörderischen Cuban Adjustment Act und der kriminellen Gesetze mit den berüchtigten Namen Torricelli und Helms-Burton, der völkermörderischen Blockade und des Wirtschaftskrieges fordert; dass sich seine Autoren, Urheber und Vollstrecker des Verbrechens des Völkermordes schuldig gemacht haben, das in den internationalen von den USA und Kuba unterzeichneten Abkommen definiert und sanktioniert wird."

"Sie dürfen nicht vergessen, dass, wenn auch für den moralischen Schaden, der sehr hoch sein kann, keine Ersatzforderungen gestellt wurden, die Regierung der Vereinigten Staaten dem kubanischen Volk bereits mehr als 300 Milliarden Dollar für menschlichen Schaden schuldet, verursacht durch ihre Söldnerinvasion in der Schweinebucht, ihre schmutzigen Machenschaften und viele andere Verbrechen."

"Auch dürfen sie sich keinen Illusionen zur Haltung Kubas hingeben, sollten die Vereinigten Staaten irgendwann normale Beziehungen zu unserem Land aufnehmen, so wie sie sie heute zu anderen sozialistischen Ländern wie China und Vietnam unterhalten. Wir werden zu keinem gegen die Völker begangenen Verbrechen, keiner Aggression oder Ungerechtigkeit schweigen. Unsere Schlacht der Ideen wird nicht aufhören, solange es das imperialistische, hegemonische und unipolare System gibt, das für die Menschheit zur Geißel und für das Überleben der Gattung Mensch zu einer tödlichen Bedrohung geworden ist."

Es wächst die Anzahl der Millionen US-Bürger, die sich der Schrecken der Wirtschafts- und politischen Ordnung bewusst werden, die der Welt aufgebürdet wurde."

"Die Kubanische Revolution vertraut nicht nur auf die moralische Integrität und die patriotische und revolutionäre Kultur seines Volkes sowie auf den Selbsterhaltungstrieb der Gattung Mensch, deren Überleben bedroht ist. Sie glaubt auch an den traditionellen Idealismus des US-amerikanischen Volkes, das nur durch plumpe Täuschung zu ungerechten Kriegen und beschämenden Aggressionen geführt werden kann. Sind Demagogie und Lüge einmal aus der Welt geschafft, dann wird die Welt in den Bürgern der Vereinigten Staaten ausgezeichnete Verbündete haben, wie es nach jenem abscheulichen Krieg der Fall war, der zwei Millionen Vietnamesen und mehr als 50 000 jungen US-Amerikanern das Leben gekostet hat; oder wie es dieses Volk eben erst mit seiner edlen Unterstützung für einen kubanischen Jungen und seine Angehörigen bewies, die Opfer eines brutalen Verbrechens durch eine Bande von Ubeltätern geworden waren, die sich der Gastfreundschaft jenes Landes bedient hatten und am Ende, von Hass und Frustration forgerissen, die Flagge der Vereinigten Staaten in den Schmutz zerrten und anzündeten."

"Der Wandel in der Kuba-Politik der Regierung der Vereinigten Staaten hat einseitiger zu sein, denn die Blockade und der Wirtschaftskrieg gegen Kuba durch jene, die dieses Land regieren, erfolgen auf einseitige Weise."

"Von hier aus, von dieser Provinz aus, wo der Titan aus Bronze in Mantua seine kolossale Heldentat der bei den Mangos von Baraguá begonnenen Invasion zu Ende führte, erteilen wir ihnen unsere Antwort: Ihr Dummköpfe! Begreift ihr denn nicht, dass Kuba uneinnehmbar ist, dass seine Revolution nicht vernichtet werden kann, dass sich sein Volk niemals ergeben noch beugen wird? Werdet ihr nicht gewahr, dass die Wurzeln unseres Patriotismus und unseres Internationalismus so tief in unseren Köpfen und unseren Herzen sitzen wie die beeindruckenden Mogote-Felsen aus Feuertgestein von Pinar del Río auf dem vulkanischen Grund dieses Teiles unserer Insel, die sich Kuba nennt und die sich heute rühmen kann, fast 42 Jahre Blockade und Aggression durch das mächtigste Land, das es je gegeben hat, unbesiegt überstanden zu haben?"

Für uns spricht die Stärke unseres Prestiges und unseres Beispiels, die unzerstörbare Stahl der unanfechtbaren Gerechtigkeit unserer Sache, das unlöschbare Feuer unserer Wahrheit und unserer Moral, der doppelte und uneinnehmbare Schützengraben aus Steinen und Ideen, den wir errichtet haben."

Deshalb, Herr Busch, sollten Sie überhaupt des Imperiums werden - denn Republik kann es schon nicht mehr genannt werden - so rate ich Ihnen als aufrichtiger Gegner, denken Sie zurück; lassen Sie die Euphorie und Hitzigkeit Ihrer Konvention beiseite und riskieren Sie nicht, der zehnte Präsident zu werden, dessen Amtszeit einmal abläuft, indem er mit steriler und überflüssiger Bitterkeit einer Revolution in Kuba zusehen musste, die sich weder beugt, noch aufgibt, noch vernichtet werden kann."

Ich weiß recht gut, was Sie unüberlegterweise zu Ihren engen und schwatzhaften kleinen Freunden der kubanisch-amerikanischen Mafia äußerten, nämlich dass Sie das Kuba-Problem sehr leicht in Griff bekommen können, wobei Sie klaren Bezug nehmen auf die Methoden der unheilvollen Zeit, als bei Mordplänen gegen die Führungspersönlichkeiten unseres Landes die CIA direkt mit herangezogen wurde. Da ich diese so enge Auffassung zur Rolle des Einzelnen in der Geschichte nicht teile, ermahne ich Sie, nicht zu vergessen, dass für jeden der revolutionären Führer, den Sie auf diesem Wege zu beseitigen beschließen, es in Kuba Millionen Männer und Frauen gibt, die seinen Platz einzunehmen fähig sind. Sie alle zusammen sind viel mehr, als Sie beseitigen könnten und als Ihre riesige politische, ökonomische und militärische Macht besiegen könnte."

Ich bin der Meinung, dass diese lange Reflexion ein weiteres Argument dessen ist, was ich im Manifest für das kubanische Volk dargelegt habe.

Fidel Castro Ruz
24. Juni 2007
18.15 Uhr

(Übersetzung: Büro für Dolmetsch- und Übersetzungsservice EST)

REFLEXIONEN DES COMANDANTE EN JEFE

Selbstkritik von Kuba

Die Landesleitung des Kommunistischen Jugendverbandes UJC vereinbarte, folgende Maßnahme mitzuteilen, nachdem ihre Anwendung ausgeführt worden war: "Am vergangenen Samstag, dem 7. Juli, hat die Landesleitung der Kommunistischen Jugend beschlossen, den Mobilisierungsplan für die Studentenbrigaden BET anzupassen, und zwar unter dem Prinzip des Einsatzes im Aufgabenbereich Soziales und Freizeitgestaltung, mit einer minimal notwendigen Anzahl studentischer Arbeitskräfte und in ihren entsprechenden Wohnkreisen, zur Vermeidung der Personenbeförderung.

Dieser Entschluss wurde am selben Tag mit dem Landesgeneralstab der BET diskutiert, der sich aus den Studentenorganisationen und den Organen der zentralen Staatsverwaltung zusammensetzt, und ebenfalls mit allen Provinzleitungen der Kommunistischen Jugend.

Es wurde besonders Nachdruck auf die rationelle Nutzung der zu mobilisierenden Kräfte und das Einsparen von Mitteln, hauptsächlich von Kraftstoff, gelegt und auf die Absicht, dass die Studenten die Zeit nutzen, um Kenntnisse zu festigen, Lesegehnheiten zu erwerben und über äußerst wichtige Themen zu diskutieren.

Im Ergebnis der getroffenen Entscheidungen werden nur 200 000 Studenten der anfänglich vorgesehenen 600 000 in den Monaten Juli und August auf weitere Entfernungen befördert. Es werden keine Mobilisierungen zwecks Landarbeit in Camps oder Landschulen durchgeführt, deren Lage eine Beförderung und die Schaffung anderer logistischer Voraussetzungen notwendig macht.

Der diesjährige Aufruf wird nur für 7 Tage sein und die durchzuführenden Arbeiten sollen im Bezug zu den Aufgaben der Energie- und Gesundheitsrevolution - gemeinsam mit den Sozialarbeitern - und beinhalten solche, wie die Weiterbildung in den Gemeinden zur Verbesserung der Allgemeinbildung bezüglich des Einsparens, Übergabe der noch ausstehenden elektrischen Haushaltgeräte und Besuche der Haushalte, welche diese erhalten und die entsprechenden Zahlungsverpflichtungen übernehmen haben, aber ihnen nicht nachgekommen sind.

Ebenfalls werden sie an der Bekämpfung gegen die Krankheitserregerquellen teilnehmen, damit das Dengue-Fieber nicht erneut eingeführt werden kann und an der Primär- und Sekundärbetreuung im Gesundheitswesen, indem sie Polikliniken und Krankenhäuser unterstützen.

Die Förderung von kulturellen und sportlichen Aktivitäten und Veranstaltungen zur Freizeitgestaltung in den Wohnorten wird eine weitere Aufgabe sein, welche die Teilnehmer der Studentenbrigaden in Angriff nehmen werden.

Der UJC wird unter den Brigadeteilnehmern und den anderen Jugendlichen das Studium und die Debatte fördern."

Ich komme nicht umhin, die Landesleitung des Kommunistischen Jugendverbandes zu beglückwünschen und ebenfalls die Verantwortlichen der Abteilungen Organisation und Ideologische Arbeit der Partei, die von jener um Rat gefragt wurden und ohne Zögern diese Maßnahme unterstützt haben.

Die körperliche Arbeit erzeugt nicht von sich aus ein Bewusstsein. Jeder Werktätige ist anders. Sein Temperament, sein Organismus, seine Nerven, die Art der von ihm ausgeführten Arbeit, die Härte derselben, die äußerlichen Arbeitsbedingungen - unter gleißelnder Sonne oder in einem klimatisierten Raum - ob er Akkord arbeitet oder mit einem Festgehalt entlohnt wird, ob er Arbeitsdisziplin-Gewohnheiten hat oder nicht, ob er geistig voll zurechnungsfähig ist oder irgendeine Behinderung aufweist, die von ihm durchlaufenen Schulen, die Lehrer, die ihn unterrichtet haben, ob seine Arbeit eine qualifizierte Tätigkeit ist oder nicht, ob der Werktätige bäuerlicher oder städtischer Herkunft ist. Folgendes ist etwas sehr Wichtiges: wenn er mit Gütern oder Dienstleistungen zu tun hat oder diese vertreibt - wer seine Chefs sind, welches Image sie abgeben, wie sie sprechen, wie ihr Blick ist. Ich könnte Seiten damit füllen, von den individuellen Unterschieden jedes Beschäftigten zu sprechen. Deshalb sind die Kenntnisse das, was der Bürger unseres Landes am meisten benötigt, wenn man ein Bewusstsein schaffen will.

Das Gebot von Marti über die Bedeutung der Verbindung von Studium und Arbeit bei der Ausbildung des Menschen brachte uns in der Vergangenheit dazu, die Teilnahme der Universitätsstudenten, einschließlich von Schülern der mittleren höheren Reife, an der körperlichen Arbeit zu fördern. Dies war in erster Linie eine unumgängliche Notwendigkeit. Wir mussten die Leere füllen, die damals aufgrund derjenigen entstand, die massenweise die Zuckerrohrfelder verließen, sobald andere Arbeitsmöglichkeiten auftauchten. Das mittlere Kenntnisniveau war sehr niedrig, selbst nach der Alphabetisierung, dem massenhaften Aufschwung der Grundschulbildung und später der Mittelschulbildung. Unsere Jugendlichen haben das begriffen und ihren Beitrag mit Disziplin und Enthusiasmus geleistet.

Heute wird die Hochschulbildung im großen Maßstab angewendet, es begann mit den Ärzten und Erziehern und wurde mit den Sozialarbeitern, denen der Informatikwissenschaften, den Kunstausbildern und der Universalisierung der Hochschulausbildung einer großen Anzahl von Studiengängen fortgesetzt. Wenn man das in der Vielschichtigkeit der jetzigen Welt so notwendige Bewusstsein schaffen will, muss man die Gehirnzellen zum Arbeiten bringen.

Die Absicht, sich ein oder zwei Wochen - was dieses Jahr nur 7 Tage sein werden - mit dem angebrachten Material weiterzubilden, das ihnen übergeben werden wird, wird die Befriedigung über die gut genutzte Zeit hervorrufen und das Bewusstsein, das unsere Gesellschaft dringlich benötigt.

Das ganze Jahr über müssen wir auf dem Laufenden über die Hauptfragen und Einzelheiten darüber, was in Kuba und auf der Welt geschieht, bleiben.

Ich bin der Meinung, dass wir Bürger fast alle und in jedem Land bezüglich der konkreten Wirtschaftsmaterie alles ignorieren. Es ist absolut notwendig zu wissen, warum der Erdölpreis steigt, der am vergangenen Montag einen Kurs von 77 Dollar pro Barrel erreichte; warum die Lebensmittelpreise zum Beispiel beim Weizen und bei anderen Erzeugnissen steigen, die aufgrund des Klimas importiert werden müssen; ob der Grund für den Anstieg anhaltend oder konjunkturell ist.

Nicht alle Beschäftigte bekommen Anreizzahlungen in konvertierbarem Peso, eine Praxis, die sich in der Sonderperiode in einer Großzahl von Unternehmen verallgemeinerte, ohne dass hierfür in nicht wenigen Fällen die vorgesehenen minimalen Voraussetzungen erfüllt wurden. Nicht alle Bürger erhalten konvertierbare Währung aus dem Ausland. Etwas, was nicht illegal ist, aber in einem Land, das sich um die vitalen und kostenlosen Dienstleistungen bemüht, die es seiner Gesamtbevölkerung bietet, manchmal irritierende Ungleichheiten und Privilegien hervorbringt. Ich nenne hier nicht die saftigen Gewinne derjenigen, die schwarz Beförderungsaufgaben ausführten, oder die Art und Weise wie sie uns an der Nase herum führten, indem sie die US-amerikanischen Scheine in andere Währungen tauschten, um die Maßnahmen gegen den Dollar zu umgehen.

Das reale und sichtbare Fehlen der Gleichheit und der Mangel an sachdienlicher Information geben Anlass zu kritischen Meinungen, vor allem in den bedürftigsten Schichten.

Es ist unzweifelhaft, dass diejenigen in Kuba, die auf die eine oder andere Art und Weise konvertierbare Peso bekommen - obwohl in diesen Fällen die Summen eingeschränkt sind - oder diejenigen Bürger, die Devisen aus dem Ausland erhalten, gleichzeitig kostenlos wesentliche soziale Dienstleistungen, Nahrungsmittel, Arzneien und andere Güter zu geringsten und staatlich gestützten Preisen erwerben. Trotzdem erfüllen wir strikt unsere finanziellen Verpflichtungen, eben gerade deshalb, weil wir keine Konsumgesellschaft sind. Es werden ernsthafte, mutige und bewusste Verwalter benötigt.

Diejenigen, die mit unserem jetzigen Fahrzeugpark aller Art Benzin kreuz und quer vergeuden; die vergessen, dass die Nahrungsmittelpreise stetig steigen und dass die Rohstoffe für die Landwirtschaft und die Industrie - viele von deren Erzeugnissen an alle zu staatlich gestützten Preisen verteilt werden - zu Marktpreisen er-

worben werden müssen; die vergessen, dass das Land die heilige Pflicht hat, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen und Ausgaben für Rohstoffe und Verteidigungsmittel machen muss, die es gegenüber einem Feind benötigt, der ständig auf der Lauer liegt; können die Unabhängigkeit und das Leben von Kuba gefährden. Damit spielt man nicht!

Mir sträubten sich die Haare, als vor wenigen Tagen ein angesehener Bürokrat im Fernsehen ausrief, dass wir jetzt, wo die Sonderperiode zu Ende ist, jedes Jahr mehr und mehr Delegationen zu dieser und jener Aktivität schicken werden.

Woher wohl jener Barbar kommt, dachte ich bei mir. Das ist vielleicht eine Spende, die uns Sancho Panza von seiner kleinen Insel Barataria sendet?

In Kuba ist die Sonderperiode erträglicher geworden; aber die Welt ist in eine ganz besondere Periode hineingeraten und es ist abzuwarten, wie sie daraus herauskommt. Wir verschwenden Milliarden Dollar an Kraftstoffen. Nicht nur als Verschwender von Amts wegen, was eine natürliche Tendenz ist, sondern ebenfalls aufgrund der Notwendigkeit, Zehntausende alte sowjetische Motoren aus einer Zeit, wo das Benzin im Überfluss vorhanden war, gegen sehr sparsame chinesische Motoren mit vernünftigen Zahlungserleichterungen auszutauschen. Dieses Programm hat sich verzögert.

In der Weltwirtschaft steigen die Metalle, genau wie das Erdöl, über ihre historischen Werte, aber sie erleiden plötzliche Preisstürze.

Jedoch nichts kann in kurzer Zeit die Bedürfnisse an Kraftstoff für den privaten und öffentlichen Verkehr und die Landwirtschafts- und Baumaschinen und -anlagen lösen. In den entwickelten Ländern ist alles mechanisiert. Die Reisenden erzählen, dass sie Gebäude aller Art, eines nach dem anderen errichten sehen und dass das bei Tage und bei Nacht ohne Aufenthalt weitergeht. Die Städte werden immer gigantischer. Es sind immer mehr Millionen Menschen, die Trinkwasser, Gemüse, Früchte und Nahrungsmittel auf Proteingrundlage benötigen, die andere erzeugen und dann auf manchmal große Entfernungen zu liefern müssen. Sie benötigen außerdem drei- oder vierspurige Straßen in jeder Richtung, Brücken, aufwendige Ingenieurbauten. Der kleinste Zwischenfall, ein einfacher

seitlicher Kontakt zwischen zwei Fahrzeugen, lähmt alles. Jedes Jahr sind die Staatsausgaben größer und die Entwicklungshilfe ist geringer.

Das Schlimmste ist, dass es je tausend Personen mehr als 500 Privatautos gibt. In den Vereinigten Staaten fast tausend. Sie leben oder arbeiten an entfernten Orten. Jeder hat seine Garage. Jede Arbeitsstelle ihren Parkplatz. Die Raffinerien reichen nicht aus. Viele benötigen eine Erweiterung und außerdem sollen neue Anlagen gebaut werden. Der Rohstoff der Raffinerie ist das Erdöl; je schwerer, desto mehr wird benötigt und seit langer Zeit werden keine großen Vorkommen von leichtem Erdöl entdeckt. Ein Streik in Nigeria, der Krieg in Irak, die Bedrohungen gegen den Iran, die alten politischen Konflikte in Europa, ein Seebeben, ein Zyklon, alles dies treibt die Preise in die Höhe. Die alten und neuen großen Verbraucher benötigen jedes Mal mehr Millionen Barrels täglich.

Gleichzeitig nehmen natürlich die Pläne zum Bau von neuen Atomkraftwerken zu. Ich diskutiere jetzt hier nicht die Auswirkungen bzw. Umwelt- oder Klimagefahren, sondern die Unsicherheiten, die sie in der realen Wirtschaft hervorrufen.

Nachdem er einen Berg Gold dabei verbraucht hatte, Vietnam zu zerstören, ersetzte Nixon das Gold durch Papiergeldscheine, ohne dass sich kaum jemand der Folgen bewusst wurde. Die technologische Entwicklung der Vereinigten Staaten, ihre Produktionsfähigkeit für industrielle und landwirtschaftliche Güter und besonders ihre enorme militärische Macht waren so groß, dass der Ersatz des Goldes gegen Papiergeldscheine keine Tragödie darstellte. Es erfolgte eine Inflation von mehr als 10 Prozent, die unter Kontrolle gebracht wurde. Danach erfolgten die mit Scheinen bestrittene Wiederaufrüstung der Vereinigten Staaten am Ende des kalten Krieges und der Sieg der Konsumgesellschaft, welche die Nationen mit ihrer Zügellosigkeit des scheinbaren Wohlstandes blendete. Mit Scheinen erwarb das Imperium einen großen Teil der Reichtümer der Welt, wo es seine Gesetze, die der Vereinigten Staaten, aufzwingt, indem es die Souveränität der Nationen gering schätzt.

Der Dollar verlor zunehmend seinen Wert, bis er in den 70er Jahren auf weniger als 6 Prozent kam. Die Experten sind gegenüber den neuen Phänomenen verblüfft. Niemand ist sich sicher, was geschehen wird.

Gibt es nun Gründe oder nicht, um diese Themen zu vertiefen?

Fidel Castro Ruz
10. Juli 2007
18.10 Uhr

(Übersetzung: Büro für Dolmetsch- und Übersetzungsservice EST) •

Ja,



**Zeitung aus Kuba
und Lateinamerika**

Ich bestelle für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 15 Euro
 6 Monaten (6 Ausgaben) 8 Euro

Zahlungsweise gegen Rechnung Per Bankeinzug

Anschrift *Meine Bankverbindung*

Name *Geldinstitut*

Str. /Nr *BLZ*

PLZ/Ort *Konto*

Datum / Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
Cupon an:
GNN Verlag
Zülpicherstr. 7
50674 Köln
Tel: 0221-21 1658

Cuito Cuanavale im Rückblick

PIERO GLEIJESES
Aus: *Cubadebate*

• IN dieses Jahr fällt der 20. Jahrestag des Beginns der Schlacht von Cuito Cuanavale, im Südosten von Angola, in der die Streitkräfte des südafrikanischen Apartheidssystems der kubanischen Armee und den angolischen Streitkräften gegenübertraten.

General Magnus Malan schreibt in seinen Memoiren, der Feldzug sei ein großer Sieg für die Verteidigungskräfte Südafrikas (SADF) gewesen, aber Nelson Mandela konnte dem nicht schärfer widersprechen: "Cuito Cuanavale", so stellte er fest, "war die Wende im Kampf um die Befreiung meines Kontinents und meines Volkes von der Geißel der Apartheid."

Die Debatte darüber, was Cuito Cuanavale bedeutet, ist intensiv gewesen, zum Teil, weil die maßgeblichen südafrikanischen Dokumente noch unter Verschluss liegen. Dennoch konnte ich in den geschlossenen kubanischen Archiven studieren und auch viele US-amerikanische Dokumente einsehen, die trotz des ideologischen Abgrunds, der Havanna und Washington voneinander trennt, eine Geschichte offenbaren, die wegen ihrer Ähnlichkeit beeindruckt.

Analysieren wir die Tatsachen. Im Juli 1987 eröffnete die angolische Armee (FAPLA) eine große Offensive im Südosten Angolas gegen die Truppen von Jonas Savimbi. Aber angesichts des Erfolgs der Offensive intervenierten die SADF, die den mittleren Südwesten Angolas kontrollierten, im Südosten. Bis Anfang November hatten die SADF die besten angolischen Einheiten in der Ortschaft Cuito Cuanavale in die Enge getrieben und bereiteten sich darauf vor, sie zu vernichten.

Der UN-Sicherheitsrat forderte, daß die SADF bedingungslos aus Angola abziehen, aber die Reagan-Regierung sorgte dafür, daß diese Forderung eine Resolution ohne größere Folgen blieb.

Der US-Staatssekretär für Afrika, Chester Crocker, sagte dem Botschafter von Südafrika in den USA: "Die Resolution verlangt weder Sanktionen, noch schlägt sie Hilfe für Angola vor. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis unserer Bemühungen, die Resolution innerhalb bestimmter Grenzen zu belassen." (1) Unterdessen vernichteten die SADF die Elitetruppen der FAPLA.

Zu Beginn des Jahres 1988 versicherten Quellen der südafrikanischen Armee und westlicher Diplomatenkreise, daß die Niederlage von Cuito unabdingbar sei. Das wäre für die angolische Regierung ein vernichtender Schlag gewesen.

Aber am 15. November 1987 hatte der kubanische Präsident Fidel Castro beschlossen, mehr Truppen und Waffen nach Angola zu schicken: seine besten Flugzeuge mit seinen besten Piloten, seine wirksamste Luftabwehr und seine modernsten Panzer. Absicht Castros war es nicht nur, Cuito zu verteidigen, er wollte die SADF ein für allemal aus Angola vertreiben. Später beschrieb er seine Strategie dem Generalsekretär der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, Joe Slovo: Kuba wolle die südafrikanische Offensive stoppen und in entgegengesetzter Richtung angreifen, "wie der Boxer, der seinen Gegner mit der linken Hand auf Distanz hält und mit der rechten zuschlägt". (2)

Flugzeuge und 1.500 kubanische Soldaten verstärkten die angolischen Truppen, und Cuito fiel nicht.

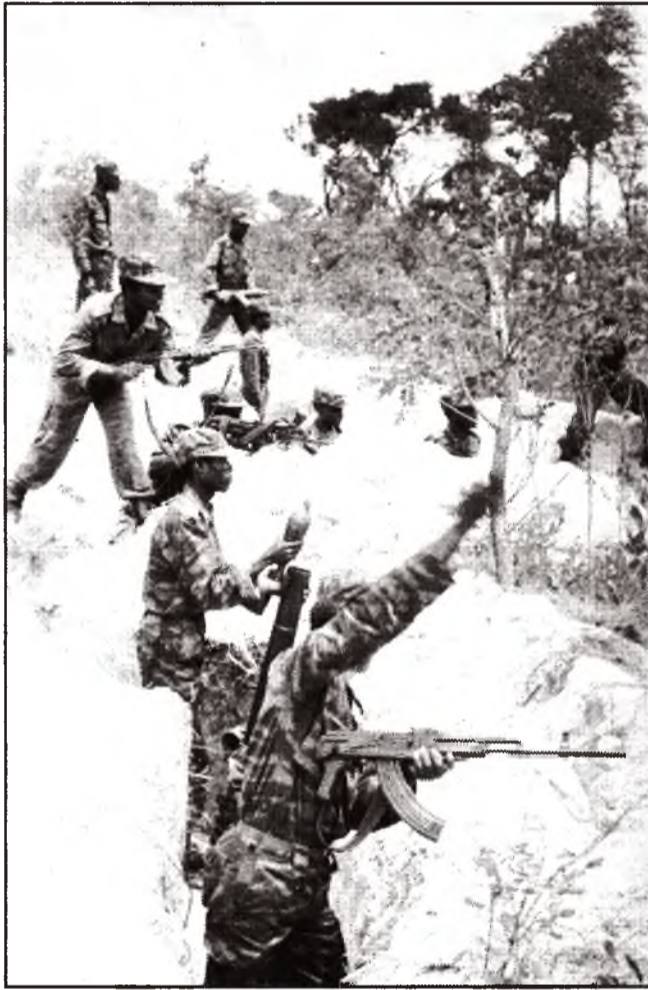
Am 23. März 1988 eröffneten die Südafrikaner ihren letzten großen Angriff auf Cuito. Wie Oberst Jan Breytenbach schildert, "wurde der südafrikanische Überfall abrupt und endgültig gestoppt". Und zwar von den gemeinsamen kubanisch-angolanischen Truppen.

Die rechte Hand Havannas holte zum Schlag aus. Mächtige kubanische Kolonnen marschierten im Südwesten Angolas zur Grenze von Namibia vor. Die Dokumente, die uns mitteilen könnten, was die südafrikanischen Führer von dieser Drohung hielten, liegen noch unter Verschluss. Aber wir wissen, was die SADF taten: sie rückten ab. Der US-Geheimdienst erklärte, daß die Südafrikaner sich zurückgezogen haben, weil sie von der Schnelligkeit und der Kraft des kubanischen Vormarsches beeindruckt waren und weil sie der Ansicht waren, daß ein größerer Kampf "große Gefahren zur Folge gehabt hätte". (3)

In Italien hörte ich als Kind meinen Vater von der Hoffnung reden, die er und seine Freunde im Dezember 1941 hegten, als sie im Radio von dem erzwungenen Rückzug der deutschen Truppen aus der Stadt Rostov am Don erfuhren. Das war das erste Mal in zwei Jahren Krieg, daß der deutsche "Supermann" zum Abzug gezwungen worden war.

Ich erinnerte mich an seine Worte und des tiefen Gefühls der Hoffnung, das sie enthielten, als ich Mitte 1988 die Presse von Südafrika und Namibia las.

Am 26. Mai 1988 verkündete der Chef der SADF, daß "stark bewaffnete kubanische Truppen der SWAPO das erste Mal



Kubanische und angolische Kämpfer in Cuito Cuanavale

gemeinsam nach Süden bis ca. 60 Kilometer vor der Grenze zu Namibia vorgerückt waren". Am 26. Juni hat der südafrikanische Generalgouverneur von Namibia zugegeben, daß kubanische MIG-23 über Namibia fliegen. Eine dramatische Wende in einer Zeit, in der der Luftraum den SADF gehörte. Er fügte an, daß "die Präsenz der Kubaner eine Angstwelle in Südafrika ausgelöst hat".

Aber diese Angstgefühle teilten die südafrikanischen Schwarzen nicht: sie sahen im Abzug der südafrikanischen Truppen einen Hoffnungsschimmer.

Während die Truppen Castros nach Namibia vordrangen, saßen sich Kubaner, Angolaner, Südafrikaner und US-Amerikaner am Verhandlungstisch gegenüber. Zwei Punkte waren ausschlaggebend: ob Südafrika die Erfüllung der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates akzeptiert, in der die Unabhängigkeit von Namibia gefordert wird, und ob sich die Seiten über den Abzugsplan der kubanischen Truppen aus Angola einigen.

Die Südafrikaner gaben sich voller Hoffnung: Außenminister Pik Botha erwartete, daß die Resolution 435 modifiziert würde. Verteidigungsminister Malan und Präsident PW Botha bestätigten, Südafrika werde nur dann aus Angola abziehen, "wenn Rußland und seine Marionetten das gleiche tun". Sie erwähnten nicht einmal, daß sie aus Namibia abziehen werden. Am 16. März 1988 informierte *Business Day*, daß sich Pretoria "anbot, nach Namibia – nicht aus Namibia – abzuziehen, sollten die kubanischen Truppen Angola verlassen. Das heißt, Südafrika hat nicht die Absicht, sich in allzu naher Zukunft aus dem Land zurückzuziehen".

Aber die Kubaner hatten die Lage vor Ort umgekehrt, und als Pik Botha die südafrikanischen Forderungen vortrug, fiel Jorge Risquet, der die kubanische Delegation leitete, mit einer Tonne Ziegelsteinen über ihn her: "Die Zeit der militärischen Abenteuer, die ungestraften Aggressionen, die Massaker von Flüchtlingen sind vorüber". "Südafrika", sagte er, "handelt wie ein Siegerheer und nicht als das, was es in Wirklichkeit ist: ein geschlagenes Aggressionsheer, das sich diskret zurückzieht. Südafrika soll begreifen, daß es an diesem Verhandlungstisch nicht erhält, was es nicht fähig war auf dem Schlachtfeld zu erreichen". (4)

Nach der Verhandlungsrunde in Kairo sandte Crocker eine Meldung an Außenminister George Shultz, in der er mitteilt, daß die Gespräche "als Hintergrund die zunehmende militärische Spannung wegen des Vormarsches stark bewaffneter Truppen im Südwesten Angolas zur Grenze von Namibia hat-

te. Der kubanische Vormarsch im Südwesten Angolas hat eine ungeahnte militärische Dynamik geschaffen". (5)

Die große Frage war: Werden die Kubaner an der Grenze Halt machen? Um eine Antwort auf diese Frage zu erhalten, suchte Crocker Risquet auf: "Hat Kuba die Absicht, seinen Vormarsch zur Grenze zwischen Namibia und Angola zu stoppen?" Risquet antwortete: "Würde ich Ihnen sagen, daß sie nicht Halt machen werden, würde ich eine Drohung aussprechen. Aber sage ich Ihnen, sie werden anhalten, dann gäbe ich Ihnen eine Beruhigungspille, und ich möchte Ihnen weder drohen, noch eine Beruhigungspille verabreichen, was ich gesagt habe, ist, daß nur die Vereinbarungen über die Unabhängigkeit Namibias die Garantien geben können." (6)

Einen Tag später, am 27. Juni 1988, griffen kubanische MIG-Stellungen der SADF in der Nähe des Staudamms Calueque, elf Kilometer nördlich von der Grenze Namibias entfernt, an. Die CIA informierte: "Die erfolgreiche Art, mit der Kuba seine Luftstreitkräfte benutzte und die scheinbare Schwäche der Luftabwehr Pretorias" unterstrichen die Tatsache, daß Havanna die Lufthoheit im Süden Angolas und im Norden von Namibia erreicht hat. Wenige Stunden nach dem erfolgreichen Luftangriff der Kubaner zerstörten die SADF die nahe Brücke über dem Cunene. Sie zerstörten sie, so die CIA, "um den kubanischen und angolischen Truppen die Überquerung der Grenze zu Namibia zu erschweren und um die Anzahl der Stellungen zu reduzieren, die verteidigt werden müssen". (7) Die Gefahr eines kubanischen Vormarsches auf Namibia war niemals zuvor so real.

Die letzten südafrikanischen Soldaten verließen Angola 30. August, als die Verhandlungen noch nicht einmal mit der Diskussion des kubanischen Abzugs aus Angola begonnen hatten.

Ungeachtet all der Anstrengungen Washingtons, das zu verhindern, veränderte Kuba den Lauf der Geschichte Südafrikas. Sogar Crocker erkannte die Rolle Kubas an, als er Shultz in einer Meldung am 25. August 1988 mitteilt: "Herauszubekommen, was die Kubaner denken, ist eine Kunst. Sie sind ebenso vorbereitet für den Krieg wie für den Frieden. Wir waren Zeugen einer großen taktischen Raffinesse und einer echten Kreativität an diesem Verhandlungstisch. Das hat als Hintergrund die Fulminanz Castros und die ungeahnte Entfaltung seiner Soldaten vor Ort". (8)

Die Heldentat der Kubaner auf dem Schlachtfeld und ihre Virtuosität am Verhandlungstisch waren entscheidend, Südafrika zu zwingen, die Unabhängigkeit Namibias zu akzeptieren. Ihre erfolgreiche Verteidigung von Cuito war das Vorspiel für einen Feldzug, der die SADF zwang, Angola zu verlassen. Dieser Sieg hallte über die Grenzen Namibias hinaus.

Viele Autoren – Malan ist ein jüngeres Beispiel – haben versucht, diese Seite der Geschichte neu zu schreiben, aber die US-amerikanischen und kubanischen Unterlagen enthalten was wirklich geschah. Diese Wahrheit wurde von Thejiv. Mtintso, der Botschafterin von Südafrika in Kuba im Dezember 2005 bereit ausgedrückt. "Heute hat Südafrika viele neue Freunde. Gestern haben diese Freunde unsere Führer und Kämpfer noch Terroristen genannt und jagten uns von ihren Ländern aus und unterstützten zur gleichen Zeit das Südafrika der Apartheid. Diese gleichen Freunde wollen heute, daß wir Kuba denunzieren und es isolieren. Unsere Antwort ist sehr einfach, es ist das Blut der kubanischen Märtyrer und nicht das dieser Freunde, das tief in der afrikanischen Erde fließt und den Baum der Freiheit und unser Vaterland nährt."

1) US-Außenminister an die US-Botschaft in Pretoria, 5. Dezember 1987, Freedom of Information Act (fortan FOIA)

2) "Transkription über die Versammlung des *Comandante en Jefe* mit der Delegation südafrikanischer Politiker (Kamerad Slovo)", Informationszentrum der Revolutionären Streitkräfte.

3) Abramowitz (Geheimbüro des US-Außenministeriums) an den Außenminister, 13. Mai 1988, FOIA.

4) "Inoffizielle Transkription. Gespräche RPA-KUBA-USA-RSA (Versammlung der Vier Seiten), Nachmittagssitzung vom 24.6.88. "ZK-Archiv, Havanna" (fortan ACC).

5) Crocker an den US-Außenminister, 26. Juni 1988, FOIA.

6) "Gespräch zwischen Risquet und Chester Crocker, 26.6.88, ACC.

7) CIA, "Südafrika-Angola-Kuba", 29. Juni 1988, FOIA, CIA, "Südafrika-Angola-Kuba", 1. Juli 1988, FOIA.

8) Crocker an den US-Außenminister, 25. August 1988, FOIA •

Es war einmal die Europäische Union, jetzt bleibt nur noch der Markt

GENNARO CAROTENUTO*

• WEN störte die blaue Fahne mit den zwölf Sternen, die alle Welt bereits mit der Europäischen Union assoziiert? Wem hat die Ode an die Freude nicht gefallen, jenes wunderbares Werk des Genies Ludwig van Beethoven aus seiner 1824 komponierten neunten Symphonie, das heute die Europahymne ist? Wer hätte sich vorstellen können, daß das lateinische Motto *in varietate concordia*, Einheit in der Vielfalt, aus der Geschichte gelöscht werden würde?

Es ist bekannt, daß es die Symbole sind, die in der öffentlichen Meinung die Ideen auslösen. Ab jetzt kann sich Europa auf ausdrücklichen Willen von Großbritannien nicht mehr mit einer Fahne oder einer Hymne identifizieren. Obwohl es absurd scheinen mag, die Hymne lag auch hinter der "roten Linie", die Großbritannien nicht bereit war zu überschreiten: die "unverzichtbaren Prinzipien". In gleicher Weise forderte London, daß die Union in Angelegenheiten der gemeinsamen Außenpolitik zurückweiche. Es wird keinen gemeinsamen Außenminister mehr geben, nur einen Sprecher des Ministerrats ohne autonome Macht. Ähnliches passiert in Fragen der Bürgerrechte: ab jetzt können Bürger Großbritanniens nicht mehr an die Union appellieren, damit ihre Rechte respektiert werden, und die europäischen Gerichte können die Bürger nicht über die Landesgerichte hinweg verteidigen.

Ebenso führte Polen im Namen von Großbritannien einen Kampf auf Leben und Tod, damit das Prinzip der Einstimmigkeit beibehalten wird, ein Prinzip, das Europa paralysiert, seit es auf 27 Länder angewachsen ist. Erst nach zwei Nächten erschöpfender Verhandlungen, verbunden mit der konkreten Gefahr eines völligen Bruchs, wurde ein Kompromiß erreicht, der für Polen und Großbritannien ein Sieg und für die Union eine schwere Niederlage ist. Bis zum Jahr 2017 wird nicht mehr über das Mehrheitsvotum diskutiert werden (ein doppeltes, 55% der Länder mit mindestens 65% der Bevölkerung).

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel erreichte damit zum zweiten Mal im Monat Juni einen Kompromiß, der in Wirklichkeit eine klare Niederlage ist. Mit Bush wurde auf dem G8-Gipfel vereinbart, die Luftverschmutzung bis zum weit entfernten Jahr 2050 hin zu reduzieren, und

jetzt benutzte sie das gleiche Schema für Europa. Man kann sagen, daß es unter ihrer Leitung – sie war Gastgeberin des G8-Gipfels und turnusmäßige Präsidentin der Europäischen Union – zu keinen Brüchen kam, aber das hält nicht davon ab, beide Gipfel als Mißerfolge zu bewerten. Wer weiß, ob Europa zehn weitere Jahre Lähmung überlebt, während derer kontrastierende Interessen Estlands und Maltas oder Dänemarks und Zyperns weiter jede Entscheidung verhindern werden. Sicher ist, daß die vollkommen angelsächsische Idee eines Europas als Gebiet des freien Markts ohne Souveränitätsabtretung an gemeinsame Organe übrig bleibt.

In den letzten beiden Jahren haben 19 der 27 Länder, einige durch Volksabstimmung, andere durch parlamentarische Votum, die Europäische Verfassung angenommen, die am 29. Oktober 2004 in Rom unterzeichnet wurde. Zwei Länder – Frankreich am 29. Mai 2005 und Holland am 1. Juni des selben Jahres – haben sie nicht ratifiziert, da zu den Stimmen der den Neoliberalismus kritisierenden Linken die der nationalistischen und ausländergefeindlichen Rechten kamen. Jetzt gehört die sogenannte europäische Verfassung auf Willen von Großbritannien der Geschichte an. Man sollte sich fragen – auch wenn es unbehaglich sein könnte –, was es international für ein Bild abgegeben hätte, wenn ein Land oder ein Länderblock irgendwo auf der Welt ein so beschämendes Spektakel abgezogen hätte, vor der Welt eine Verfassung zu unterzeichnen und sie dann stillschweigend zurückzuziehen.

WAS BLEIBT

Es gab Zeiten, da ging jemand, der nicht an einer Feier teilnehmen wollte, einfach nicht hin. Heute gehört es sich in der internationalen Politik, hinzugehen und das Haus des Gastgebers zu zerstören. So tat es jetzt der britische, inzwischen Ex-Premier Tony Blair in der letzten Handlung seiner antieuropäischen Laufbahn mit Hilfe der rechten polnischen Politiker, den Zwillingenbrüdern Kaczynsky.

Der italienische Premierminister Romano Prodi, der fünf Jahre lang Europabeauftragter war, benutzte die eindeutigsten Worte. Er sprach von Schande, von Verlust des europäischen Geistes und beschuldigte Großbritannien

ganz offen. Für die Europaanhänger ist die Niederlage sehr hart. Es gibt kaum eine Alternative. Es bleibt die Idee eines Europas mit zweierlei Geschwindigkeiten: eine Gruppe von Ländern mit stärkerem Zusammenhalt, die vorangeht und sich so schnell wie möglich auf gemeinsame Strukturen zubewegt. Zu dieser Gruppe gehörten heute sicherlich Italien und Spanien unter den großen; Belgien, Österreich, Ungarn und Griechenland unter den mittleren sowie einige kleine Länder. Ohne Frankreich und Deutschland geht nichts, aber eine europaorientierte Avantgarde – Voluntaristen – hängt, wenn sie nicht vertraglich verankert ist, vom Hin und Her der nationalen Regierungen ab, die heute europaorientiert sind und morgen wer weiß wie. Es bleibt ein Europa *à la carte*, mit variabler Geometrie, das heißt, mit der Möglichkeit, daß eine eingeschränkte Gruppe von Ländern sich trotz der anderen auf gemeinsame Strukturen einigt. Der Euro selbst, der ab dem 1. Januar die maltesische Lira ersetzen und die gemeinsame Währung von inzwischen 14 Ländern sein wird, ist ein Beispiel dafür.

FAKTOREN DES MISSERFOLGS

Europa fällt zumindest zwei Faktoren zum Opfer: erstens seiner riesigen Größe mit 27 Ländern, die es heute behindert, den ärmeren zu helfen, wie es in der Vergangenheit getan wurde; zweitens vertreten einige ehemalige Länder Osteuropas wie Polen und die Tschechische Republik eine mehr US-amerikanische als europäische Idee des Westens. Heute ist Europa, ohne Verfassung und auf ein weiteres Jahrzehnt durch das Einstimmigkeitsvotum blockiert, wieder das, was die Angelsachsen immer wollten, eine Freihandelszone und nichts weiter, etwas, das die globale Vormachtstellung der Vereinigten Staaten nicht verletzt. Ein seelenloses Europa ohne Eigenleben, das den Markt über das Recht stellt. Auftrag erfüllt, Mister Blair!

(aus *Rebelión* - Der Artikel wurde am 2. 7. in der *Granma* veröffentlicht).

*Der Italiener Gennaro Carotenuto ist Dozent für Geschichte des Journalismus und Zeitgenössische Geschichte an der Fakultät für Kommunikationswissenschaften der Universität Macerata (Italien). •

Der Europäischen Union obliegt es, die begangenen Fehler zu berichtigen

• Erklärung des Außenministeriums zu den Schlußfolgerungen des Europäischen Rats der Außenminister zu Kuba

• DER Rat der Außenminister der Europäischen Union hat am 18. Juni mehrere Beschlüsse zu Kuba gefaßt.

Das Dokument, das von der Europäischen Union unter dem Titel "Schlußfolgerungen zu Kuba" verbreitet wurde, enthält einen Vorschlag über "einen umfassenden und offenen politischen Dialog mit den kubanischen Autoritäten... auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und gemeinsamen Interessen". Das Außenministerium Kubas hat ihn zur Kenntnis genommen und schätzt ein, daß es sich um eine notwendige Berichtigung handelt.

Allerdings erwähnt das genannte Dokument nicht die sogenannten Sanktionen, die die Europäische Union versucht hatte, Kuba im Jahr 2003 ungerechterweise und unbedacht aufzuerlegen, und die seit zwei Jahren nur hochmütig "ausgesetzt" sind.

Mit Kuba wird nur ein Dialog unter souveränen und gleichberechtigten Partnern möglich sein, ohne Bedingungen und ausstehende Drohungen. Wenn die Europäische Union einen Dialog mit Kuba wünscht, muß sie die genannten, seit damals unanwend-

baren und unhaltbaren Sanktionen endgültig beseitigen.

Die "Schlußfolgerungen" erwähnen auch nicht den sogenannten "gemeinsamen Standpunkt", der 1996 von den Finanzministern der EU übereilt, unter dem Druck von Aznar und ausgehend von einem Entwurf aus dem US-State Department beschlossen wurde.

Nach so vielen Fehlern und Niederlagen wäre die einzige auf der Hand liegende Schlußfolgerung, die die Europäische Union ziehen müßte, daß der "gemeinsame Standpunkt" verschwinden muß, weil es keinerlei Grund für seine Existenz gab und gibt und er verhindert, normale Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und gemeinsamer Interessen mit unserem Land zu unterhalten.

Es ist anzuerkennen, daß eine Reihe einflußreicher europäischer Länder Anstrengungen unternommen hat, um diese lächerliche Situation zu ändern. Andere, wie die Tschechische Republik, sind zu Handlangern der USA im europäischen Umfeld geworden.

Auf der anderen Seite mischen sich die "Schlußfolgerungen" auf verleumderische Art in die inneren Angelegenheiten Kubas ein, geben Urteile ab und kündigen Maßnahmen an, die eine Einmischung darstellen und heuchlerisch sind, und die Kuba als beleidigend und unannehmbar bewertet und energisch von sich weist.

Wir gestehen der Europäischen Union kei-

nerlei moralische Autorität zu, um Kuba zu verurteilen oder ihm Ratschläge zu erteilen.

Wenn der Rat sich auf die zeitweise Übertragung der Funktionen des Präsidenten Fidel Castros auf den Genossen Raúl Castro bezieht, indem er dies als "eine neue Lage" bezeichnet, gibt er der Illusion Ausdruck, es gäbe Widersprüche oder Differenzen zwischen den Revolutionsführern und eine Spaltung unter den kubanischen Revolutionären, und irrt sich erneut. Die Revolution ist stärker und einiger denn je.

Unser Land hat seine eigene Existenz erkämpft, hat heldenhaften Widerstand geleistet und kühn über ein Jahrhundert lang gekämpft, um seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Kuba ist ein unabhängiges und souveränes Land, und die Europäische Union irrt sich, wenn sie denkt, es auf andere Art behandeln zu können als einen Ebenbürtigen.

Die Europäische Union hat eine anhaltende und demütigende Unterordnung unter die Vereinigten Staaten gezeigt, die es ihr nicht erlaubt, eine auf den europäischen Interessen basierende Position einzunehmen, und sie, auch wenn sie das Gegenteil behauptet, zum Komplizen der verbrecherischen und unmenschlichen Blockade macht, die jene gegen das kubanische Volk anwenden, und über die in den "Schlußfolgerungen" nicht gewagt wird, ein Wort zu erwähnen. In der Erklärung des Gipfeltreffens mit den Vereinigten Staaten im April fügte sich die EU, um Kuba in Frage zu stellen und

akzeptierte eine Erwähnung, die die Rechtmäßigkeit des "Plan Bush" anerkennt. Ihre Geheimabreden mit Vertretern des Imperiums sind bekannt, sogar mit dem fälschlich von den Vereinigten Staaten ernannten Prokonsul für Kuba, und ihre Abgeordneten sind häufig auf antikubanischen Veranstaltungen in Miami anwesend, oder auf welchen, die in Europa stattfinden, aber von Washington finanziert werden.

Die Europäische Union ist beschämend heuchlerisch, wenn sie sich ungerechterweise an Kuba wendet, aber über die auch auf europäische Bürger angewandte US-amerikanische Folter im illegalen Flottenstützpunkt von Guantánamo, der widerrechtlich kubanisches Territorium einnimmt, und in Abu Ghraib schweigt. Sie schweigt schamlos über die Entführungen von Menschen durch die US-Geheimdienste in dritte Länder und hat ihr Gebiet zur Verfügung gestellt, um die Geheimflüge der CIA zu ermöglichen und illegalen Gefängnissen Unterschlupf zu bieten. Sie hat auch nichts über die Dutzenden Menschen gesagt, die unter diesen Umständen verschwunden sind, und nichts über die Hunderttausenden ermordeten Zivilisten im Irak.

Es obliegt der Europäischen Union, die Kuba gegenüber begangenen Fehler zu berichtigen. Jeder Schritt in die richtige Richtung wird die angemessene Aufnahme finden. Aber es eilt nicht: wir haben alle Zeit der Welt.

Havanna, den 22. Juni 2007 •

The National Security Archive

[home](#) | [about](#) | [documents](#) | [news](#) | [publications](#) | [FOIA](#) | [research](#) | [internships](#) | [search](#) | [donate](#) | [mailing list](#)



ROBERT F. KENNEDY URGED LIFTING TRAVEL BAN TO CUBA IN '63

Attorney General cited inconsistency "with traditional American liberties"
State Department overruled RFK proposal to withdraw prohibitions on travel

National Security Archive Electronic Briefing Book No. 158

For more information contact
Peter Kornbluh - 202/994-7116 - pkorn@gwu.edu

Das Amt für Nationale Sicherheit gab im Jahr 2005 ein Memorandum Robert Kennedys vom Dezember 1963 frei, in dem er das State Department drängte, schnell zu arbeiten, um "die geltenden Verbote von Reisen nach Kuba aufzuheben"; ein Ersuchen, das unvereinbar war mit den Verpflichtungen der Johnson-Administration gegenüber der US-kubanischen Mafia

Robert Kennedy hatte vor, die Reisen nach Kuba zu normalisieren

• **Zwei Monate bevor auch er ermordet wurde – als er erreicht hatte, von den Demokraten als Präsidentschaftskandidat nominiert zu werden, und ankündigte, das Verfahren wieder aufzunehmen – war er davon überzeugt, daß die Versuche, Kuba für den Mord an seinem Bruder zu beschuldigen, Teil eines Komplotts der möglichen Hintermänner waren**

GABRIEL MOLINA
– Granma Internacional

• ROBERT Kennedy drängte einen Monat nach der Ermordung seines Bruders darauf, die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren, und bezeichnete die Einschränkungen der Reisemöglichkeiten zur Karibikinsel als Verletzung der amerikanischen Freiheiten.

Vom Amt für Nationale Sicherheit freigegebene Dokumente fand man in den Akten des Beraters des State Departments, Averil Harriman, in der Kongreßbibliothek und der des Präsidenten John F. Kennedy. Darunter sticht ein Memorandum Robert Kennedys vom 12. Dezember 1963 hervor, in dem er Staatssekretär Dean Rusk drängt, eine baldige Entscheidung zu treffen, "um die geltenden Verbote wie die der Reisen, aufzuheben".

Kennedy fügte in seinem Memo an: "Es ist nicht praktikabel, Bürger, die nach Kuba reisen wollen, festzunehmen, anzuklagen und geschmacklos zu verfolgen... Die Reisen zu erlauben, würde die Anziehungskraft mindern, die die Linken haben, wenn sie Protestreisen nach Havanna organisieren. Aus all diesen Gründen glaube ich", beharrte er, "daß es klug wäre, die Reisebeschränkungen nach Kuba aufzuheben, ehe wir Problemen gegenüberstehen, die sie uns in unmittelbarer Zukunft bereiten werden".

Als er noch Generalstaatsanwalt der Regierung Johnsons war, ermittelte Kennedy gegen die CIA und die kubanische und die

italienisch - US-amerikanische Mafia wegen des Mordes. Vom 22. November an verdächtigte er diese Gruppen, und fünf Jahre später war er noch mehr davon überzeugt, daß die Versuche, Kuba des Mordes zu beschuldigen, Teil jenes Komplotts waren. Dies geht aus den Beweismitteln hervor, die neues Licht auf den Schutz werfen, den die Familie Bush dem Terroristen Posada Carriles gewährt.

Der Forscher David Talbot berichtete vor einigen Tagen in der *Chicago Tribune*, daß Robert Kennedy eine Woche nach dem Attentat eine geheime Botschaft nach Moskau sandte, und zwar über einen engen Freund der Familie, den Kriegskorrespondenten der Zeitschrift *Times*, William Walton, der in den Jahren der Kennedy-Regierung Vorsitzender des Ausschusses für Schöne Künste war. Walton traf sich im Restaurant Sowjetskaja mit dem sowjetischen Agenten Georgi Bolschakow, mit dem Robert in Washington Verbindung aufgenommen hatte, und überraschte seine Gesprächspartner, indem er sagte, die Kennedys glaubten, daß Oswald Teil einer Verschwörung sei, und dächten, daß weder Moskau noch Havanna hinter dem Komplott steckten, sondern, daß es sich um eine große hauseigene Verschwörung handele und daß Robert Kennedy entschlossen sei, in die Politik einzusteigen und gegebenenfalls für die Präsidentschaft zu kandidieren. Im Falle eines Sieges, enthüllte Walton, würde er die von seinem Bruder eingeschlagene Politik mit den Sowjets weiterführen.

Ironischerweise ist Robert dieser Verdacht deshalb gekommen, weil er persönlich an einer Sache gearbeitet hatte, die sein Bruder ihm aufgetragen hatte, als er wegen des Ausgangs der Invasion der Schweinebucht politisch und moralisch angeschlagen war: den Sturz Fidel Castros zu provozieren.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte ein Heer von kubanischen Agenten rekrutiert. Darunter waren Luis Posada Carriles und viele andere, die von der CIA ausgebildet worden waren. Nach der katastrophalen Geheimdienstaktion im April 61, die Kennedy von Nixon und Eisenhower geerbt hatte, ersetzte der neue Präsident Alan Dulles und versuchte, Kontrolle über die Tätigkeit der Agentur zu bekommen, wogegen sich der Clan um George Bush senior und Richard Helms in der CIA stellten.

Sie alle gaben Kennedy die Schuld, weil er seinen Streitkräften nicht den Befehl zur direkten Intervention gegeben hatte. Und

nach der Raketenkrise im Oktober 1962 sprachen sie von einer zweiten Niederlage und brachten hysterisch Robert gegenüber ihre Gefühle gegen die Kennedys zum Ausdruck.

Die Mafia-Bosse, die ihr lukratives Glücksspiel- und Prostitutionsgeschäft in Havanna verloren hatten, das von der Revolution unterbunden wurde, waren auch vom Krieg gegen das organisierte Verbrechen des Justizministeriums Kennedys stark betroffen.

"Ich dachte, sie würden gegen mich vorgehen statt gegen den Präsidenten", sagte er zu seinem Pressechef im Justizministerium, Edwin Guthman, als er am Nachmittag des 22. November über den Rasen seiner Residenz in Hickory Hill spazierte.

Robert Kennedy hatte gelernt, daß in Washington Geheimhaltung das Beste war, wenn man an etwas Wichtigem arbeitete. Deshalb vertuschte er mehrere Jahre lang Information, indem er öffentlich sagte, keine Untersuchung würde seinen Bruder zurückbringen. Aber in Wirklichkeit ist vom Nachmittag des Mordes an die Spur seiner Nachforschungen zu verfolgen, da er sofort

von seinem Haus in Hickory Hill aus begann, unentwegt das Telefon zu benutzen und alle wichtigen Mitarbeiter einzuberufen, um die Fäden des Verbrechens zusammenzuführen. Vom Nachmittag des 22. November an war das das Interesse von Robert, wie *Chicago Tribune* am 13. Mai enthüllte.

JOHNSON STELLTE SICH GEGEN DIE INITIATIVEN ZUGUNSTEN KUBAS

Die Überzeugung Roberts entsprach der Entwicklung, die die Kuba-Politik seines Bruders, des Präsidenten, eingeleitet hatte, der in der UNO Geheimunterredungen von Vertretern beider Länder eingeleitet hatte, um die Beziehungen zu normalisieren.

Das von Robert Kennedy im Dezember 63 versandte Memorandum bezeichnete die Reiseverbote nach Havanna als unvereinbar mit den traditionellen amerikanischen Freiheiten und außerdem "sehr schwer zu verwirklichen, ohne auf massive Anschuldigungen zu stoßen".

Aber am nächsten Tag, am 13. Dezember, wies der stellvertretende Staatssekretär George Ball jede Lockerung der Einschränkungen mit dem Vorwand zurück, daß "sie es uns sehr schwer machen würde, von den lateinamerikanischen Regierungen zu verlangen, daß diese ihren Bürgern Reisen nach Kuba verwehren, wo viele eine subversive Ausbildung erhalten". Es ist bezeichnend, daß an der Versammlung kein Vertreter des Generalstaatsanwalts und Autors des Vorschlags, Robert Kennedy, teilnahm. Statt ihn anzunehmen, schlug Ball vor, "diejenigen zu warnen, die solche Reisen in Erwägung ziehen, daß ihre Pässe ungültig gemacht und sie Strafverfahren unterzogen werden könnten".

Der Reiseverbotserlaß wurde solange von Präsident Johnson aufrechterhalten bis Präsident Carter ihn 1977 aufhob. Aber die Einschränkungen wurden von Präsident Ronald Reagan wieder eingeführt, der im Januar 1981 Carter im Amt ablöste. Danach verschärfte Präsident Bush die Verbote vor den Wahlen des Jahres 2004, um sich die Unterstützung der US-kubanischen Mafia Floridas zu sichern. Johnson lehnte auch die Maßnahmen zur Normalisierung der Beziehungen ab.

Mehrere Jahre lang schien Kennedy den Warren-Bericht und seine These des einzelnen Schützen zu unterstützen. Aber privat arbeitete er beständig daran, den Tod seines Bruders aufzuklären. Er bereitete sich darauf vor, das Verfahren wieder aufzunehmen, wenn er in irgendeinem Moment die Macht dazu bekäme. Nachdem er 1964 das Justizministerium verließ und in New York zum Senator gewählt wurde, reiste Kennedy nach Mexiko, wo er Information über die mysteriöse Reise Oswalds im September 1963, zwei Monate vor dem Verbrechen, suchte. Er stellte auch über andere Aspekte Nachforschungen an, besonders auch über die Ergebnisse der Autopsie.

Robert kämpfte von seinem Senatorenposten aus um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten. Aber als er auf einer politischen Versammlung eine Frage von Anwesenden beantwortete, kündigte er an



Robert Kennedy erhält von Präsident Johnson die Freiheitsmedaille, die das Weiße Haus seinem Bruder John postum verlieh. Obwohl er der Öffentlichkeit das Gegenteil vermittelte, begann Robert noch am Tag des Mordes Nachforschungen anzustellen, um die Fäden des Verbrechens zusammenzuführen

daß er im Falle eines Wahlerfolgs die Untersuchung über das polemische Gutachten der von Johnson eingerichteten Warren-Kommission, das Lee Harvey Oswald als einzigen Schuldigen hinstellt, wieder aufnehmen würde. Zwei Monate später, am 5. Juni 1968, wurde er auf der Versammlung im Hotel Ambassador in Los Angeles zum Kandidaten bestimmt.

Aber die Mörder beschlossen, nicht zu riskieren, ihn Präsident werden zu lassen, denn es war abzusehen, daß er seinen republikanischen Gegner, Richard Nixon, der schon 1960 gegen John verloren hatte, leicht besiegen würde. Sie warteten nicht länger und bereiteten seinem Leben ein Ende.

Vor kurzem wurde entdeckt, daß Mitglieder der Gruppe von CIA-Beamten, die der Teilnahme am Präsidentenmord verdächtig war, sich außerdienstlich in dem Hotel aufhielten, in dem Robert ermordet wurde.

Andererseits waren dem vertrauten Kreis der Kennedys die wachsenden Auseinandersetzungen mit dem Vizepräsidenten Johnson bekannt, die sich 1963 zuspitzten. Es war beschlossen worden, zu versuchen, ihn für die Wahlen 1964 nicht aufzustellen und durch jemand anderen zu ersetzen. Der Vizepräsident beeinflusste mit seiner Maschinerie in Texas beide Kongreßkammern merklich und war ein Hindernis für die Reformpolitik des Präsidenten, besonders beim Erdölgeschäft und bei der Verwaltungskorruption, die Johnson direkt betraf.

Das Buch *Le Derniere Temoin* von William Reymond enthält Geständnisse von Billie Sol Estes, einem millionenschweren Finanzier Johnsons, der nach einem von Robert als Generalstaatsanwalt eingeleiteten Verfahren von den Gerichten verurteilt wurde. Estes sagte, daß Johnson ihm versprochen hatte, ihn zu retten, und daß er ihn gezwungen hatte, zu den schmutzigen Geschäften zu schweigen, die er für beide erledigte, denn "Robert ging vor allem gegen Johnson vor".

Estes und Reymond versichern, daß der Vizepräsident am 21. November 1963 in Dallas an einer "Vorwahlparty" in der Residenz des Millionärs Clint Murchinson teilnahm.

Dieses Treffen, das als "letzte Absprache zum Mord" gilt, wurde vom Forscher Carl Oglesby in seinem Werk *The Yankee Cowboy War* aufgedeckt. Er verdächtigte schon seit den Anhörungen 1978 vor dem *Select Committee* in Washington den "durch das Verbrechen am meisten Begünstigten".

Oglesby erwähnt die bezeichnende Anwesenheitsliste. Dabei waren, außer Johnson, J. Edgar Hoover, Direktor des FBI, Nachbar des Vizepräsidenten und Freund des Gangsters Frank Costello; Clint Murchinson, "texanischer Erdölbaron", antisemitischer Rassist, Teilhaber von Geschäften von Meyer Lansky; Erdölmillionär H. L. Hunt; John J. McCloy; Allen Dulles, ehemaliger CIA-Chef; John Connally, Ex-Gouverneur von Texas; General Charles Cabell und sein Bruder, der Bürgermeister von Dallas, Earle Cabell; und Richard Nixon, alles Leute, die Kennaßten.

Vermutlich sah Robert Kennedy in Johnsons Ablehnung seiner Vorschläge zu den Reisen ein deutliches Zeichen der dieser Administration ihrer Verpflichtung den Feinden Kubas gegenüber, die sich auch als wütende Feinde der Kennedys entpuppt hatten. Der im Dezember 1978 vom *Select Committee* des Kongresses herausgegebene Bericht, der den Mord an Präsident JFK untersuchte, kam auch zu diesem Schluß.

Eine Koinzidenz mehr zwischen der Familie Bush und dem Terroristen Luis Posada Carriles, die den gegenwärtigen Präsidenten dazu bewegt, ihn freizulassen, wie es sein Vater schon mit Orlando Bosch, dem anderen geistigen Urheber des Attentats auf das Flugzeug von Cubana de Aviación, getan hatte. Beide werden vom *Select Committee* als Verdächtige benannt.

In diesem Jahr sind dem Kongreß mehre Gesetzentwürfe vorgelegt worden, nicht nur über die Reisen, sie betreffen auch einige Themen, die eventuell den Wunsch erfüllen könnten, Kuba Gerechtigkeit zukommen zu lassen, indem die Beziehungen normalisiert werden. Dies war offensichtlich die Absicht von Robert Kennedy, wie auch die seines Bruders wenige Monate vor seiner Ermordung. Beide verstanden, daß das den wahren Interessen der Vereinigten Staaten entspricht. •

Die Widersprüche der US-Amerikaner im Irak

• **Die kriegerische Auseinandersetzung hat sich für Bush so sehr verschlimmert, daß sich sogar in seinen treuen, republikanischen Reihen Meinungsverschiedenheiten ausbreiten**

JUANA CARRASCO MARTIN
– für *Granma Internacional*

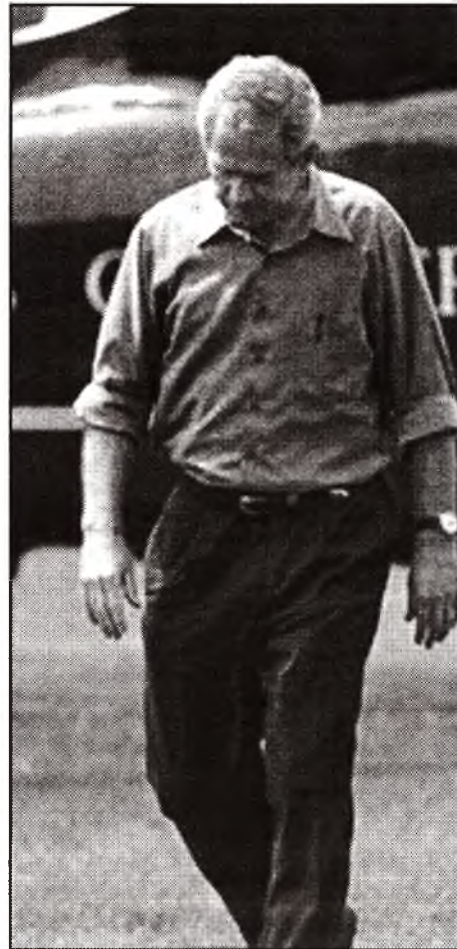
• DAS von der Regierung George W. Bushs benutzte Repertoire an Lügen, um den Krieg im Irak zu beginnen und in Gang zu erhalten, scheint aufgebraucht zu sein; aber da sie hartnäckig an der Barbarei festhalten, zögern sie nicht, einige zu wiederholen, nur um nicht zurückzuweichen auf ihrem Weg der "erfolgreichen" Eroberung der Welt.

In diesen Tagen begingen sie den peinlichen Fehler, erneut den angeblichen Chef der Al-Qaeda in Mosul zu töten und sein Netz auszuheben, das sie schon vor einem Jahr eliminiert hatten. Die Tageszeitung *The Examiner* packte sie bei dieser Falschdarstellung, die, wie sie sagt, zeigt, wie begierig sie darauf sind, Fortschritte vorzuweisen, da jetzt nicht nur bei den Demokraten sondern auch in den republikanischen Reihen der Druck heftiger wird, damit die Truppen abgezogen werden.

General Kevin Bergner vom Militärkommando in Bagdad verlas in einer Pressekonferenz die Liste hochrangiger Aufständischer, die in den jüngsten Operationen getötet oder gefangengenommen wurden, und sprach dabei einen ganzen Absatz lang vom "Toten" Kamal Jalil Uthman, bekannt auch als Said Hamza, den er als militärischen Emir der Al-Qaeda in Mosul vorstellte, den Mann, der "die Selbstmordbomben plante, koordinierte und übergab, sowie die Bewegung von mehr als 100 ausländischen Kämpfern mit sicheren Quartieren im Gebiet versorgte".

Der neue Befehlshaber der US-Streitkräfte im mesopotamischen Land, General David Petraeus, konnte so Siege vorweisen gegen die Organisation, die er der gesamten aufständischen Tätigkeit beschuldigt und als den Feind Nummer Eins im Irak bezeichnet. Nur daß dieser "jüngste Erfolg" mit dem selben Vor- und Nachnamen und dem selben Rang schon vor einem Jahr in einem Bericht unter dem Titel *Tearing Down Al-Quaeda* erschienen war, als General William Caldwell, der Sprecher des damaligen höchsten US-Chefs in Bagdad, versicherte: "Je mehr Schläge wir Al-Quaeda und anderen Terrororganisationen verpassen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Gewalt abnimmt".

Die Dinge verschlimmern sich immer mehr für Washington, das seit Anfang 2007 seine Truppenstärke auf 160.000 erhöht hat und außerdem über 180.000 Söldner privater Sicherheitsfirmen als eine zusätzliche Armee verfügt, die nicht abgezogen wird.



Seine Dummheiten lasten schon schwer auf ihm

Weder die über 20.000 in Bagdad stationierten Soldaten, noch die ausgedehnten Mauern, die im Schutz der Nacht gebaut wurden, um ganze Stadtteile in dieser chaotischen Stadt zu isolieren, haben die Schläge des Widerstands gegen die Okkupation, die Gewalt unter den Ethnien und Glaubensrichtungen sowie das Baudenkmal verringert.

Aber sie bestehen auf dieser Kriegstaktik. Sie kündigen schon an, daß sie in diesem Monat – wie bei den Burgen der Kreuzfahrer – beginnen werden, enorme, 10 Fuß tiefe und 12 Meilen lange Gräben westlich und südlich der schiitischen Heiligstadt Karbala auszuheben, als Schutz gegen Bombenfahrzeuge, die von Ramadi, einer Festung der sunnitischen Moslems, nach Najaf kommen könnten. Polizeitürme werden den Graben streckenweise bewachen, der den Verkehr zu den Kontrollpunkten außerhalb des Stadtzentrums lenken wird. Und wie sieht der militärische Plan der Besatzer gegen den Widerstand aus, der sich innerhalb der 1,4-Millionen-Stadt befindet?

Über 3.600 tote US-Uniformierte im Irak und eine Tag für Tag höhere Zahl der unzähligen irakischen Opfer sprechen auf dramatische Weise klar von der Niederlage, die schon in den eigenen Reihen dieses imperialen Abenteurers Bushs gerochen wird.

Zwei weitere republikanische Senatoren, die Anhänger Bushs waren, haben öffentlich ihre Unzufriedenheit mit der Strategie des Irakkrieges bekannt gegeben. Senator Lamar Alexander aus Tennessee sagte: "unsere

Politik im Irak ist am Abdriften", und Judd Gregg aus Hampshire bemerkte: "Wir sehen nicht, daß wir große Fortschritte machen würden".

Die Meinungsverschiedenheiten begannen sich vor zwei oder drei Wochen auszubreiten, als Senator Richard G. Lugar aus Indiana, ehemaliger Präsident des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen, eine ernsthafte Petition auf Änderung vorlegte, während George V. Voinovich aus Ohio gleichfalls Zweifel über das Kriegsgeschehen äußerte und John W. Warner aus Virginia, ehemaliger Präsident des Ausschusses für Bewaffnete Dienste, offen Lugar dafür lobte, öffentlich über die Angelegenheit gesprochen zu haben. Der Liste schloß sich Senator Pete Domenici aus New Mexiko an, der die irakische Regierung des unzureichenden Vorkommens beschuldigte, sowie der kalifornische Repräsentant John T. Doolittle, der über den Irakkrieg sagte, daß man dort "in der Patsche" stecke.

Einige Beobachter sagen, daß diese Meinungsänderung in gutem Maße auf die zeitliche Nähe der Wahlen im November 2008 zurückzuführen sind, bei denen es passieren kann, daß die mit dem Krieg unzufriedenen Bürger mit ihnen abrechnen. Bis dahin wird die Liste der Enttäuschten noch länger sein, die jetzt die Reduzierung der Militärpräsenz fordern. Und die Frage ist, was könnte im September im Kapitol passieren, wenn die lange Urlaubspause dieses heißen Sommers endet und die Demokraten vielleicht weitere Droh-Resolutionen vorlegen.

Gemäß der in der Welt der Politik einflußreichen Fachpublikation *Congressional Quarterly* besteht das Weiße Haus darauf, daß die Differenzen von den Presseberichten übertrieben wurden, und es bittet das Publikum erneut um "Geduld".

Der starrköpfige Bush wird schwerlich auf diese Stimmen hören, wie er auch nicht die Argumente hörte, die ihm der damalige Staatssekretär Colin Powell zweieinhalb Stunden lang darlegte, damit er den Irak nicht überfalle, wie er im *Aspen Ideas Festival* in Colorado enthüllte.

"Ich versuchte, diesen Krieg zu verhindern. Ich habe ihn vor den Konsequenzen gewarnt, die es mit sich bringt, ein arabisches Land zu überfallen und zu Besatzern zu werden", sagte Powell.

Schon Abraham Lincoln urteilte zu seiner Zeit so: "Wenn Sie es dem Präsidenten erlauben, immer dann ein Nachbarland zu überfallen, wenn er es als notwendig erachtet, um einen Angriff abzuwehren, dann erlauben Sie ihm, daß er es jedes Mal macht, wenn es ihm einfällt zu sagen, daß er es zu diesem Zweck als notwendig erachte – und Sie erlauben ihm, aus Vergnügen Kriege zu führen".

Wie naiv zu glauben, der Herr des Planeten würde auf Warnungen hören! Aber manchmal zwingen die Umstände dazu. •



Unser Amerika



Volksempörung gegen den TLC in Costa Rica

LIDICE VARENZUELA – für Granma Internacional

• DIE Regierung Costa Ricas, geführt von Oscar Arias, einem der großen Millionäre dieses mittelamerikanischen Landes, steht jetzt einem Volksaufstand gegen den Freihandelsvertrag (TLC in Spanisch, FTA in Englisch) mit den Vereinigten Staaten gegenüber. Er vereint die soziale Volksbewegung und die Mehrheit der Bevölkerung, die in diesem Vertrag einen Rückschritt für die Wirtschaft des Landes sieht.

Vor einigen Tagen gründeten Hunderte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Auditorium der Bischofskonferenz von Costa Rica die Patriotische Bewegung **NEIN zum TLC**, eine gemeinschaftliche, horizontale und schöpferische Organisation, wie der Ex-Präsidentenwahlkandidat und Führer der mitte-links-gerichteten Partei **Acción Ciudadana**, Otton Solís, erklärte, einer der stärksten Gegner des Vertrags.

„Das wird ein Bürgerfest aller Costaricaner“, versicherte der Präsident des Nationalverbandes der Erzieher (ANDE), der in einer Pressekonferenz von Vertretern zweier weiterer Lehrerorganisationen und der Gewerkschaften des staatlichen Elektrizitätsinstituts Costa Ricas sowie Studentenfürher begleitet wurde.

Costa Rica ist das einzige der sechs Länder der Region, deren Nationalversammlung den Vertrag aufgrund der Opposition wichtiger Volkssektoren nicht ratifiziert hat, akademische, politische und Unternehmerkreise, die sich der Gefahr bewusst sind, die der Einstieg in den Sog der US-amerikanischen Wirtschaft mit sich bringt. Beispiel dafür sind die Ereignisse in Mexiko, das den Freihandelsvertrag mit den USA und Kanada (NAFTA) unterzeichnet hatte, der Tausende kleine Landwirte ruiniert und die Produkte der familiären Grundversorgung verteuert hat.

Der TLC ist in Costa Rica vollkommen zum Stocken gebracht worden, schon unter der vorhergehenden Regierung von Abel Pacheco, der genau wie Arias ein Verteidiger des Neoliberalismus und der TLCs ist. Sie sind die Formel, die die US-amerikanischen Technokraten gefunden haben, um auf irgendeine Weise die geschlagene Freihandelszone der Amerikas zu ersetzen.

Da im Kampf der Befürworter und Gegner des TLC kein Ende abzusehen war, beantragte der Staatschef beim Obersten Wahlgericht (TSE) ein für Oktober vorgesehenes Referendum, damit das Volk über die wirtschaftliche Zukunft des Landes entscheidet. Vorher hatte eine juristische Vertretung der Bürger dem TSE ein ähnliches Ersuchen vorgebracht, aber es hätte eine monatelange Arbeit bei der Sammlung von Unterschriften bedeutet und wurde nicht akzeptiert. Arias braucht eine schnelle Genehmigung, um den Forderungen Washingtons zu genügen.

Für die Regierung, die von der mächtigen nationalen Oligarchie unter Druck gesetzt wird, war die Verzögerung der Abstimmung fatal, da der US-Kongress die Option des sogenannten Schnellverfahrens für die Genehmigung der TLC hat. Angesichts der Verzögerung und des Aufschubs

in San José, läuft der Vertrag Gefahr, vollkommen zu versanden, wenn er nicht vor Dezember von der Nationalversammlung und dann von Washington bestätigt wird, wo es nach der Niederlage der Republikaner bei den letzten Wahlen auch Änderungen in beiden Kammern gibt.

Angesichts der Stärke, die die Front gegen den TLC bewiesen hat, bezieht die Rechte Costa Ricas Stellung, damit um jeden Preis verhindert wird, daß bei der Abstimmung das „Nein“ gewinnt. Dafür stimuliert sie sogar die Möglichkeit des Wahlbetrugs, da es, wie Spezialisten übereinstimmend feststellen, sehr unwahrscheinlich ist, daß in einem sauberen Wahlverfahren dem Vertrag zugestimmt wird, der im restlichen Mittelamerika und in der Dominikanischen Republik schon seit einem Jahr gültig ist, ohne positive Ergebnisse gebracht zu haben.

In Costa Rica wird jetzt von den Privatbesitzern und sogar von staatlichen Einrichtungen Terror ausgeübt, um zu erreichen, daß ihre Angestellten für den TLC stimmen. In ihren Machenschaften entlassen sie sogar diejenigen, die das NEIN verteidigen und stellen Personal ein, das ihre Interessen vertritt, wie der Generalsekretär des Nationalverbandes der Öffentlichen Angestellten (ANEP), Albino Vargas, vor dem TSE erklärte.

Der ANEP und andere Organisationen der Bewegung gegen den TLC forderten das Tribunal auf, Maßnahmen zu ergreifen, da, wie sie versicherten, „eine solche rechtliche und politische Monstrosität im Kommen ist, daß wir vor dem größten Betrug stehen könnten“, weshalb sie die Präsenz von internationalen Beobachtern forderten.

Diesen Rechtsstreit zu gewinnen, ist für Arias so vital, daß er seinen Minister für Produktion, Alfredo Volio, freistellte, damit er den Kampf um das JA für den Vertrag leitet. Dabei werden mehrere Millionen Dollar für Werbung ausgegeben, und natürlich verfügt man über die Unterstützung der privaten Medien, die die Zukunft der Nation in rosaroten Farben ausmalen werden.

Die Erfahrungen mit dem NAFTA und jetzt mit dem sogenannten CAFTA-RD in Mittelamerika beweisen, daß solche Vereinbarungen die kleinen Ökonomien dieser Region noch mehr schwächen, und besonders die kleinen Produzenten. Der TLC ist im wesentlichen darauf ausgerichtet, den US-amerikanischen transnationalen Unternehmen zu nützen.

Die Bewegung gegen den TLC stritt ab, daß in Costa Rica 500.000 Arbeitsplätze gefährdet wären, wenn der Vertrag nicht unterzeichnet wird.

Unter anderen Argumenten brachte sie hervor, daß nur 30% der Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit dem Export in Verbindung ständen; das heißt, daß 70% der Arbeitsplätze damit nicht in Verbindung stehen und deshalb keine Änderungen erfahren werden, wie die Regierung behauptet. Außerdem gehen 47% der Exporte nach Mittelamerika, Europa und auf andere Märkte, hängen also nicht vom TLC ab. Costa Rica exportiert nur 34% seiner Produkte in die USA, deshalb hängt die Beschäftigungsrate wenig von diesem Markt ab.



Aber in der Form, wie der TLC vorgesehen ist, schädigt er sehr wohl die Wirtschaft Costa Ricas, denn die Importe US-amerikanischer Produkte zu niedrigeren Preisen, da sie staatlich subventioniert werden und die Produzenten Beihilfen erhalten, gefährden die Produzenten in Costa Rica sofort und auf längere Frist, denn sie produzieren vor allem für den Binnenmarkt. Das betrifft unter anderem den reich der Milchproduktion, die Rinderzucht, die Geflügelzucht, den Getreide- und Gemüseanbau und die pharmazeutische Industrie. In diesen Bereichen ist das Risiko des Verlustes der gegenwärtigen Arbeitsplätze enorm.

Der TLC wird, wenn er angenommen wird, Costa Rica zwingen, den US-amerikanischen Importen an landwirtschaftlichen Produkten seinen Markt zu öffnen, während er Investoren Befugnisse erteilt, die mit Sicherheit verhindern werden, eine Entwicklungspolitik durchzusetzen; auch ihre Normen des Schutzes des intellektuellen Eigentums stehen über denen der Welthandelsorganisation, was zu Preiserhöhungen bei den agrochemischen Produkten und den Dienstleistungen im Gesundheitswesen führt.

Dazu, daß der TLC keinen Technologieaustausch vorsieht, kommt im Fall Costa Ricas noch ein zusätzliches Problem hinzu, er erlaubt nämlich multinationalen Unternehmen, am Markt der Telekommunikation teilzunehmen. Costa Rica hat heute eine der weltweit größten Anschlußzahlen mit sehr niedrigen Tarifen.

Wegen dieser und vieler anderer Auswirkungen, die der Zusammenschluß mit den Vereinigten Staaten für verschiedene Sektoren mit sich bringt, ist der Krieg gegen den TLC erklärt. Den TLC zu verlieren, ist die große Sorge von Arias, der eine ganz eigene Meinung zu diesen drei Büchern hat. •

IN KÜRZE

ERHÖHUNG DES MEERESSPIEGELS IN BRASILIEN FESTGESTELLT

• INFOLGE der globalen Erwärmung wurde eine Erhöhung des Meeresspiegels registriert, bestätigen Untersuchungen des Brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik (IBGE), die in fünf Meßstationen der brasilianischen Küste durchgeführt wurden. Eine Stadt, in deren Nähe die Untersuchung eine bedeutende Steigerung des Meeresspiegels registrierte, war Macaé, im Bundesstaat Rio de Janeiro, denn dort stieg das Wasser in fünf Jahren um 15 Zentimeter. (PL)

ECUADOR FORDERT WELTWEITE UNTERSTÜTZUNG ZUM SCHUTZ DER GALAPAGOS-INSELN

• DIE ecuadorianische Außenministerin María Fernanda Espinosa forderte internationale Un-

terstützung zum Schutz der Galapagos-Inseln, deren Flora und Fauna durch den Massentourismus und die Einführung fremder Arten gefährdet sind. Auf diesen Inseln untersuchte der Biologe Charles Darwin im 19. Jahrhundert die Entwicklung der Arten und erarbeitete seine Evolutionstheorie, in der er die Evolution als einen langsamen Prozeß natürlicher Auslese erklärt. (PL)

EHEMALIGES GEFÄNGNIS IN ARGENTINIEN WIRD ZUM MUSEUM

• DAS Mechanistikinstitut der Kriegsmarine Argentiniens (ESMA), in dem während der letzten Militärdiktatur (1976-83) Tausende Menschen verschwand und ermordet wurden, wird zu einem Museum des Gedenkens werden. Nach Angaben humanitärer Organisationen wurden im sogenannten Prozeß der nationalen Reorganisation während der Diktatur 30.000 Menschen hingerichtet. Es wird geschätzt, daß nicht weniger als 4.000 von ihnen im Mechanistikinstitut gefoltert und ermordet wurden. (PL)

AUFRUF IN CHILE ZUR BEGEBUNG DES HUNDERTSTEN GEBURTSTAGES VON ALLENDE

• ÜBER 600 chilenische Organisationen und

Persönlichkeiten haben dazu aufgerufen, im nächsten Jahr den hundertsten Geburtstag des Präsidenten Salvador Allende zu begehen, der 1973 durch den Militärputsch Pinochets gestürzt wurde, informierte PL. Auf einem Festakt der Abgeordnetenkammer der Hauptstadt verwies das Koordinationskomitee der Festlichkeiten vor Hunderten ehemaligen politischen Führern und Intellektuellen darauf hin, daß die Begehung des Jahrestages dazu dienen soll, Veranstaltungen durchzuführen, die einen tieferen Einblick in das Leben und das Werk des Staatsmannes ermöglichen.

29 BRASILIANISCHE ABGEORDNETE WEGEN STIMMENKAUF VOR GERICHT

• DAS Oberste Wahlgericht (TSE) kündigte an, daß gegen vier Senatoren und 25 Abgeordnete gerichtlich vorgegangen werden wird, und zwar wegen Stimmenkauf, Machtmißbrauch und unrechtmäßigen Gebrauchs von Kommunikationsmedien, informierte PL. Ebenfalls verurteilt, daß auch 19 Verfahren gegen ebenso viele Abgeordnete in verschiedenen Bundesstaaten im Gange sind und daß das TSE gegen sieben der 27 gewählten Gouverneure gerichtlich vorgeht.

IN DIESEM JAHR SCHON MEHR ALS 10.000 GUATEMALTEKEN DEPORTIERT

• DAS Außenministerium Guatemalas drückte Besorgnis über das exzessive Ansteigen der Razzien und Deportationen von Guatemalteken in den Vereinigten Staaten aus. In diesem Jahr sind von dort 10.193 Guatemalteken deportiert worden. Nach Schätzungen leben in den Vereinigten Staaten zwischen 1,3 und 1,5 Millionen Guatemalteken, von denen mehr als die Hälfte keine Aufenthaltsgenehmigung haben und Gefahr laufen deportiert zu werden. Allein in diesem Jahr wurden über 35.000 Guatemalteken, Salvadorianer und Honduraner aus dem US-Staatsgebiet abgeschoben. (PL)

MEXIKO KLAGT DIE USA WEGEN DER MAUER AN

• MEXIKO hat die Vereinigten Staaten beschuldigt, einen fünf Kilometer langen Abschnitt der Grenzmauer in einem Teil seines Staatsgebiets gebaut zu haben, und forderte in einer diplomatischen Note den sofortigen Abriß. Mexiko wiederholte in der Mitteilung, daß es den Bau der 1.200 Kilometer langen Grenzmauer ablehnt, der im Oktober 2006 vom US-Kongress und der US-Regierung beschlossen wurde. (AFP) •



Unser Amerika



ARGENTINIEN

Eine Frau bewirbt sich um die Präsidentschaft

NIDIA DIAZ – Granma Internacional

• WAS bis jetzt ein Gerücht war, wurde nun bestätigt. Die Senatorin und First Lady der Republik, Cristina Kirchner, ist die Kandidatin der Regierungspartei bei den im Oktober stattfindenden allgemeinen Wahlen in Argentinien, bei denen es um das Amt des Staatsoberhauptes geht.

Im Falle eines Erfolges wäre sie die erste Frau, die in diesem südlichen Land durch eine Wahl zum höchsten Amt gelangt. Ihre Vorgängerin, María Estela Martínez, setzte das Mandat nach dem Tod ihres Mannes, des mythischen Juan Domingo Perón, nur fort – ohne es zu Ende führen zu können.

Obwohl sie von Vertretern aller Überzeugungen erwartet wurde, warf die Kandidatur von Frau Kirchner, die am 19.7. in ihrer Heimatstadt La Plata offiziell wird, unter politischen Beobachtern nicht wenige Fragen auf.

Was am meisten analysiert wird, hat rechnerischen Charakter. Obwohl Cristina bei den Prognosen zwischen 46 und 48% liegt und 65% sie positiv beurteilen, wird sie doch von ihrem Mann, dem gegenwärtigen Präsidenten, in allen Meinungsumfragen übertrifft.

Grund genug dafür, daß sich die hämmernde Frage ergibt: Warum riskiert es die Regierungspartei, zu einem Zeitpunkt, wo es noch keine besorgniserregenden Anzeichen eines Machtverschleißes gibt, einen anderen Kandidaten als den jetzigen Präsidenten aufzustellen? Noch dazu, wo er eine nicht zu verachtende Ankurbelung der Wirtschaft mit jährlichen Wachstumsraten von über 8% aufzuweisen hat. Diese Tatsache ermöglichte der Regierung, einige soziale Kennziffern zu verbessern, die infolge der Schockpolitik der vorherigen neoliberalen Regierungen so abrupt gesunken waren.

Die gegnerische Seite hat die Verkündung der First Lady als Trumpfkarte der Regierungspartei Pressekommentaren nach zuversichtlicher gemacht, die könne ein Eigentor werden.



Die Kandidatur der First Lady, Cristina Kirchner, wird am 19. Juli in ihrer Heimatstadt La Plata offiziell verkündet

Diejenigen, die so denken, setzen darauf, daß die Senatorin der 'Front für den Sieg' (progressive Peronisten) nicht im ersten Wahlgang gewinnt, und für die Stichwahl würde sich die rechte Opposition vereinen, um sie zu besiegen.

Diese Denkweise stützt sich auf die Ergebnisse der vor kurzem abgehaltenen Bürgermeisterwahlen der Stadt Buenos Aires, des zweitgrößten Wahlbezirks des Landes, die von Mauricio Macri gewonnen wurden, einem der Rechten nahestehenden Unternehmer mit einer etwas befleckten Personalakte. Das wurde als langsames, aber stetiges Vorwärtkommen der neoliberalen Sektoren gedeutet,

die danach streben, zur Revanche auf den politischen Schauplatz des südlichen Landes zurückzukehren.

Macri, der unter den Wählern der wohlhabenden Stadtteile wie Recoleta und Pilar hohe Prozentzahlen erreichte, bekam auch die Stimmen eines bedeutenden Sektors der Armenviertel, vielleicht, wie manche sagen, nicht wegen seines Wahlprogramms, sondern wegen der Tatsache, daß er Präsident des äußerst populären Fußballklubs Boca Junior ist.

Wie auch immer, Macri bezwang den Kandidaten der Regierungspartei in der Hauptstadt, deren Anwärter auf das Gouverneursamt von Feuerland ebenfalls unterlag, und zwar der

Kandidatin Fabiana Ríos del Ari. Diese vertritt die *Alternativa para una República de Iguales* (Alternative für eine Republik Gleichgestellter) und wurde zur ersten Frau im Amt einer Gouverneurin dieses Landes.

Man darf nicht vergessen, daß der neue Bürgermeister von Buenos Aires einer der großen Nutznießer der neoliberalen Privatisierungen war, und sein familiäres Reich nährte sich und wuchs während der dramatischen Jahre der Militärdiktatur.

Trotzdem ist die Kandidatur der 54jährigen Senatorin Cristina Kirchner nicht zu unterschätzen. Diejenigen, die sie kennen, versichern, daß sie seit ihren Jugendjahren, als sie Mitglied der *Juventud Peronista* war, eine lange aktive politische Tätigkeit aufzuweisen hat.

1989 begann ihre parlamentarische Tätigkeit im südlichen Santa Cruz, wobei sie sich als punktuelle Sprecherin und Verteidigerin der Rechte der Frau auszeichnete, bis sie bei den Teilwahlen von 2005 den Ex-Präsidenten Eduardo Duhalde, einen kritischen Gegner Néstor Kirchners, in seiner Hochburg, dem großen Buenos Aires, besiegte, wo 40% der argentinischen Wähler konzentriert sind.

Seitdem wuchs ihr Ansehen auf der politischen Bühne ihres Landes als Symbol einer Persönlichkeit, die trotz ihrer Beharrlichkeit geschickt genug ist, mit denjenigen einen notwendigen Konsens zu erzielen, mit denen es, wie es heißt, der gegenwärtige Staatschef nicht geschafft hat zurechtzukommen.

Wie auch immer, der Sektor der Peron-Anhänger, den das Ehepaar Kirchner vertritt, und sie selbst, haben Anstrengungen unternommen, um das Land auf den neuen Wegen voranzubringen, die sich in Lateinamerika eröffnet haben und auf Integration, Achtung der Differenzen, Solidarität und Rettung der Souveränität orientiert sind.

Die Tage der Blutsverwandtschaft des Rosa Hauses mit dem Weißen Haus gehören der Vergangenheit an. •

IN KÜRZE

PERUANISCHE INDIGENAS PROTESTIEREN GEGEN DIE VERGIFTUNG DER UMWELT

• PERUANISCHE Indigenas der Ethnie Achuar verurteilten vor dem Parlamentspalast die Kontamination ihrer Anbauflächen im Amazonasgebiet durch das transnationale Unternehmen Pluspetrol und forderten den Notstand für dieses Gebiet. Sie kritisierten auch das Verhalten der Behörden als Untätigkeit angesichts der Vergiftung, der sie, besonders aber ihre Kinder, täglich ausgesetzt sind, schreibt *Prensa Latina*. In diesem Sinn traten sie für das gesundheits- und umweltbedingte Notstandsgesuch am Rio Corrientes und seiner Anbauflächen im nördlichen Amazonasgebiet des Landes ein.

DER SÜDATLANTIK UNTERSTÜTZT ARGENTINIEN IM FALL DER MALVINEN

• DIE argentinische Regierung wird von der Friedens- und Kooperationszone des Südatlantiks (ZPCAS) in ihrer Forderung um die Souveränität über die Malvinen unterstützt, informierte das Außenministerium. In einem Kommuniqué heißt es, daß die 14 afrikanischen und die drei südamerikanischen Länder (Argentinien, Brasilien und Uruguay), die an der Ministerialkonferenz der ZPCAS in Angola teilnahmen, einen nachdrücklichen Appell an Großbritannien adressierten, in dem sie die Wiederaufnahme der Verhandlungen

um die Souveränität über dieses Archipel verlangten.

MEXIKO: MEHR ALS 1.300 MORDE

• MEXIKO erlebt mit bisher mehr als 1.300 Morden eins seiner gewaltsamsten Jahre, wobei die meisten dem organisierten Verbrechen zuzuschreiben sind, obwohl die Regierung seit sechs Monaten Kräfte einsetzt, die sich in ihrer Mehrheit aus der Armee rekrutieren. Wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, verursachten mehrere Mafiaaktionen 2007 zwischen 1.270 und 1.382 Mordopfer. (*AFP*)

VIADUKT CARACAS-LA GUAIRA EINGEWEIFT

• DIE neue Autobahnbrücke Caracas - La Guaira gilt als eins der größten Ingenieurbauwerke, die in der Geschichte Venezuelas errichtet wurden, meldet *PL*. Das eindrucksvolle Viadukt von ca. 900 Meter Länge, 22,40 Meter Breite und 61 Meter Höhe an seinem höchsten Punkt über der Tacagua-Schlucht, in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt, ersetzt die Anfang 2006 eingestürzte Brücke, die weit kürzer war. Das Bauwerk verbindet den wichtigsten Überseehafen des Landes mit dem größten venezolanischen Flughafen und dem gesamten zentralen Küstengebiet sowie den Provinzen Miranda und Vargas.

BRASILIEN WIRD 100 PALÄSTINISCHE IRAKUMSIEDLER AUFNEHMEN

• BRASILIEN wird 100 palästinische Umsiedler aus dem Irak, die seit 2003 als Flüchtlinge in Jordanien leben, aufnehmen, gab in Sao Paulo der brasilianische Vertreter des Hohen UN-Kommissariats für Flüchtlinge, Luis Varese, bekannt. Die Entscheidung wurde von dem staatlichen Nationalen Komitee für Flüchtlinge (Conare) Brasiliens einstimmig angenommen. Die Conare-Koordinatorin, Nara Conceicao da

Silva, sagte: "Es war eine Entscheidung humanitären Charakters der brasilianischen Regierung." (*EFE*)

1000 JAHRE ALTES GRAB IN PANAMA ENTDECKT

• PANAMENISCHE Archäologen und Spezialisten untersuchen ein über 1000 Jahre altes Grab mit vier Körpern und Gegenständen aus Keramik, das als ein einmaliger Fund im Land betrachtet wird. Besitzer eines Wohnhauses in der Hauptstadt entdeckten die Grube. Der Fund ist für Panama sehr wichtig, weil er kaum beschädigt ist und das Wissen über die ersten Bewohner der Landenge vertieft wird. (*PL*)

PREVAL: KAMPF GEGEN KORRUPTION UND DROGENSCHMUGGEL HAT VORRANG

• HAITIS Präsident, Rene Preval, versicherte auf einer Zusammenkunft von Regierungschefs der Karibik in Washington, der Kampf gegen den Drogenschmuggel und die Korruption seien Prioritäten seiner Regierung. In einem Gespräch äußerte Preval, daß eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung nicht möglich sei, wenn beide Geißeln nicht bekämpft würden. (*Reuters*)

FUND VERWEIST AUF DEN TOD VON MILLIONEN INKAS BEI DER EROBERUNG

• DER Fund einer Leiche eines Inkakriegers, der durch eine Kugel starb, die vor 500 Jahren von einem spanischen Eroberer abgeschossen worden war, und anderer menschlichen Reste in Lima verweisen darauf, daß Millionen Ureinwohner bei der Invasion des größten Imperiums Südamerikas ums Leben kamen, sagte der peruanische Archäologe Guillermo Cock. Er stellte fest, daß es sich bei der Leiche des Inkawiderstandskämpfers um den ersten Fund eines Ureinwohners handelt, der durch eine Feuerwaffe getötet worden war, und die Hunderten von Mumien zeigten, daß sie an Krank-

heiten starben, die von den Spaniern und Fremden in diesen Teil der Welt eingeschleppt worden waren. (*Reuters*)

FÜR EIN UN-SYSTEM, DAS DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER BEGÜNSTIGT

• REPRÄSENTANTEN aus 31 Ländern Lateinamerikas und der Karibik sprachen sich in Nicaragua für ein System der Vereinten Nationen aus, das die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt. Die Petition ist im Konsens von Managua enthalten, der nach zweitägiger Beratung über die Kohärenz der UNO im Bereich der Entwicklung angenommen wurde. (*PL*)

ETWA 600.000 URUGUAYER VERLIESSEN ZWISCHEN 1963 UND 2004 IHR LAND

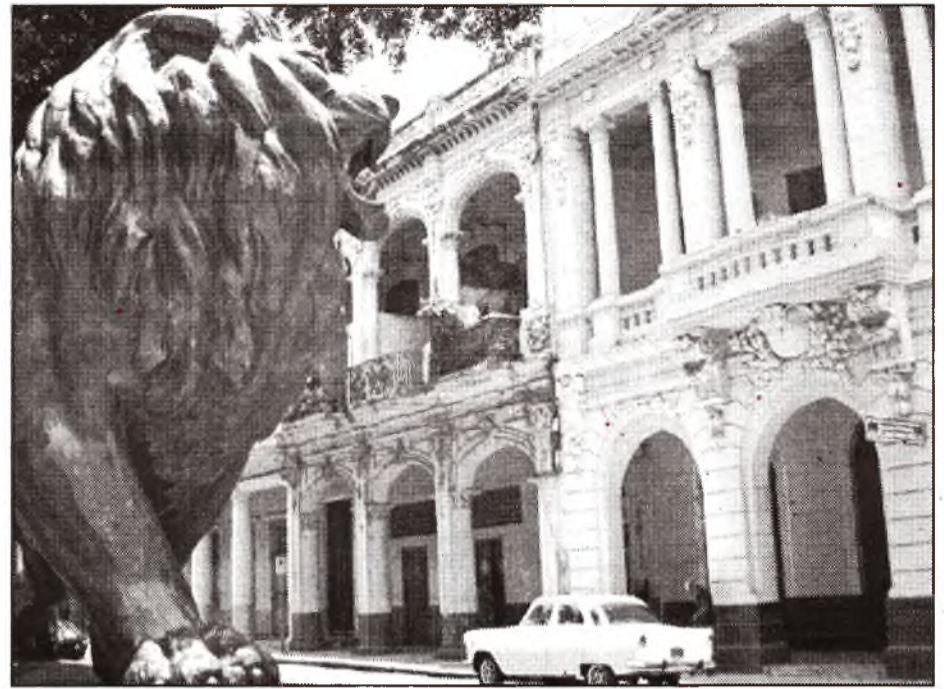
• GEMÄSS einer in Montevideo veröffentlichten Untersuchung des Nationalinstituts für Statistik (INE) verließen etwa 600.000 Uruguayer zwischen 1963 und 2004 ihr Land. Volkszählungen und verschiedene Statistiken ergaben, daß 1998 etwa 478.000 in Uruguay geborene Menschen im Ausland lebten, während die Zahl bis zum Jahr 2004 um 122.000 stieg. Die 2004 in Uruguay erfaßte Bevölkerungszahl betrug 3.301.732. (*EFE*)

IN DIESEM JAHR MEHR ALS 230 KINDER IN GUATEMALA ENTFÜHRT

• ÜBER 230 Anzeigen wegen Kindesentführungen hat das Büro für Menschenrechte (PDH) Guatemalas in diesem Jahr entgegengenommen, wie die Verteidigerin der Kindheit und Jugend, Nidia Aguilar, informierte. "Wir glauben, daß es sich um organisierte Banden handelt, die sich der Entführung Minderjähriger widmen, welche dann sexuell ausgebeutet oder im Ausland illegal zur Adoption gegeben werden", erklärte Aguilar der Presse. Die Verteidigerin der Kindheit teilte auch mit, Anzeigen darüber erhalten zu haben, daß einige Minderjährige für den Organhandel benutzt wurden. (*PL*) •



Zu jeder Uhrzeit herrscht Leben auf dem Prado



Acht beeindruckende Bronzelöwen schmücken den Boulevard

PASEO DEL PRADO

Havannas Geschichte und Alltag

TEXT UND FOTOS: OTMARO
RODRIGUEZ - Granma Internacional

• "PROMENADE vor den Toren der Stadt", "Isabel II.", "Promenade der Königin". Unterschiedliche Namen aus unterschiedlichen Zeiten für eine der prächtigsten Straßen Havannas. Ihr offizieller Name ist zu Ehren des Nationalhelden "Paseo de Martí". Aber am häufigsten wird sie Paseo del Prado genannt.

Dieser elegante Boulevard, auf dem zu jeder Stunde Leben herrscht, wird von Kubanern und Touristen bevorzugt, wenn sie vom Parque Central unter schattigen Bäumen zum Malecón oder von der Uferstraße zur Altstadt gehen wollen.

Der Bau des Prado, der zu einem treuen Vertrauten wurde, begann 1772 auf Wunsch des Marquis de La Torre. Fertiggestellt wurde er Mitte 1830, unter Generalgouverneur Miguel de Tacón. 1929, während des Baus des Capitols, erfuhr er eine Veränderung: Lorbeerbäume wurden zwischen die schon vorhandenen Pappeln gepflanzt und Gaslampen, Marmorbänke und Pokale aufgestellt.

Aber besonders berühmt haben ihn die aus alten Kanonen gegossenen Bronzelöwen gemacht. Die Skulpturen, die den Urwaldkönig so lebhaft darstellen, sind eine Attraktion für alle Passanten.

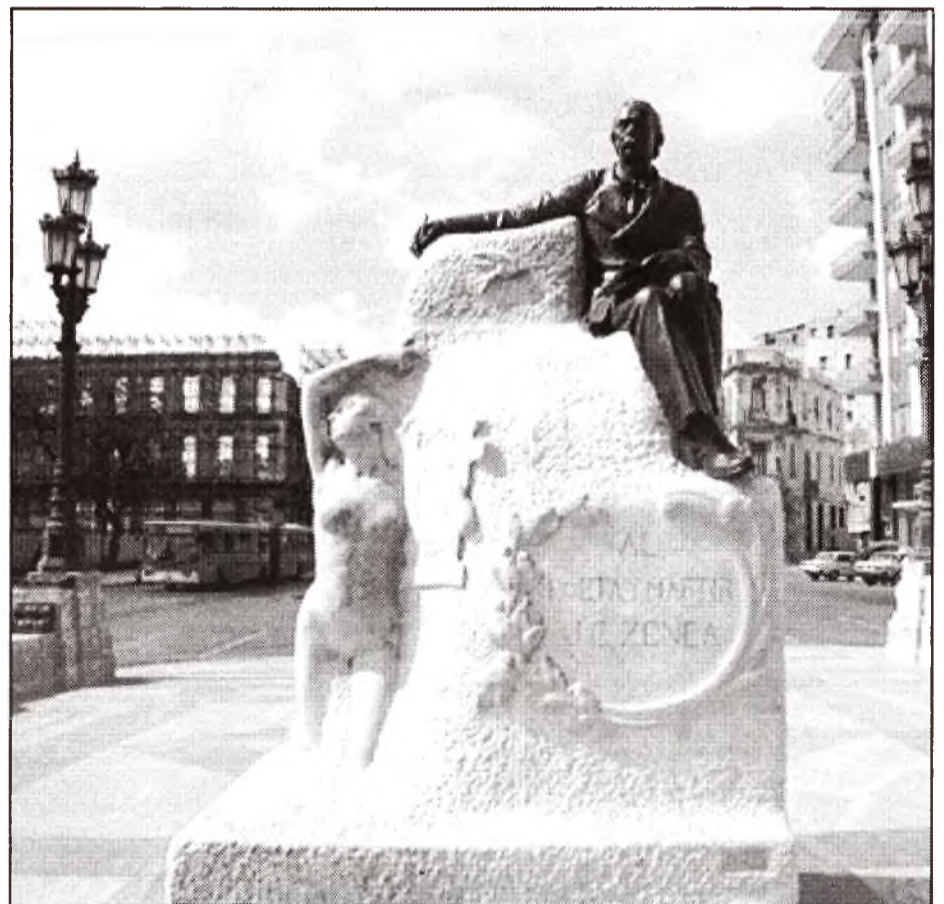
Die Umgebung des Prado prägen so namhafte Hotels wie das Telégrafo oder das Sevilla, neben sehr schönen kolonialen Häusern, die von den Spuren der Zeit gezeichnet sind. Jahrelang war die Promenade Schauplatz des Karnevals von Havanna.

Denkmäler zweier großer Kubaner, des Schriftstellers und Revolutionärs Manuel de La Cruz und des Dichters und Märtyrers Juan Clemente Zenea, stehen am Anfang und am Ende des Boulevards.

Der Paseo del Prado ist gleichzeitig Teil der Geschichte und des Alltags von Havanna. •



Die majestätischen Gaslampen stammen aus dem Jahr 1929



Das Denkmal zu Ehren des Dichters und Märtyrers Juan Clemente Zenea



Fünf kubanische Patrioten verbüßen lange Haftstrafen in den Vereinigten Staaten, weil sie ihr Volk gegen den Terrorismus verteidigt haben. Mehr Informationen dazu unter: www.granma.cu, www.granma.cubaweb.cu, www.freethefive.org, www.antiterroristas.cu

NEHMEN SIE VERBINDUNG ZU DEN FÜNF HELDEN AUF

ANTONIO GUERRERO RODRIGUEZ - ANTONIO No 58741-004 Postanschrift USP FLORENCE PO BOX 7500 5880 State HWY 67

South Florence, CO 81226 Telf.: 719-784-9454 Fax: 719-784-5157 **FERNANDO GONZALEZ LLORT (RUBEN CAMPA)** No 58733-004

Postanschrift FCI OXFORD PO BOX 1000 Oxford, WI 53952-0500 Telf.: 608-585-5411 Fax: 608-585-6371 **GERARDO HERNANDEZ**

NORDELO (MANUEL VIRAMONTES) No 58739-004 U.S. Penitentiary-Victorville P.O. BOX 5500 Adelanto, CA 92301 **RAMON LABAÑINO**

SALAZAR (LUIS MEDINA) No 58734-004 Postanschrift USP BEAUMONT PO BOX 26035 Beaumont TX 77720, Telf.: 409-727- 8188

Fax: 409-626-3700 **RENE GONZALEZ SEHWERERT** No 58738-004 Postanschrift FCI Edgefield PO BOX 725, Edgefield, South Carolina 29824